

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Riepke, Magdeburg. Verantwortlich für die Anzeigen: August Gastan, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. W. Franke & Co., Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangolohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 qrtl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr: die festgesetzte Postgebühr 15 Pf., anwärts 25 Pf., im Reichweitei 30 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 390

Nr. 185.

Magdeburg, Sonnabend den 11. August 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten
Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 32 bei.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905.

II.

In der Finanzgebarung der Gewerkschaften sind im Jahre 1905 die gleichen Fortschritte zu verzeichnen, wie im Mitgliederstand. Während im Jahre 1904 die Einnahme in 63 Verbänden 20 190 630 Mark betrug, stellte sie sich im Jahre 1905 in 64 Verbänden auf 27 812 267 Mark. Im Jahre 1891 hatten die 49 Verbände, welche Bericht erstatteten, nur eine Gesamteinnahme von 1 116 588 Mark. Bis zum Jahre 1900 war die Einnahme in 58 berichtserstattenden Verbänden auf 9 454 075 Mark gestiegen. In den Jahren von 1891 bis einschließlich 1905 verzeichneten die Verbände insgesamt 126 710 621 Mark.

Von der Einnahme des Jahres 1905 entfallen auf den Verband der Metallarbeiter: 5 357 728 Mark, Holzarbeiter 3 245 075 Mark, Maurer 3 126 826 Mark, Buchdrucker 2 407 770 Mark, Bergarbeiter 1 265 557 Mark, Zimmerer 1 093 293 Mark, Bauhilfsarbeiter 1 017 124 Mark, Fabrikarbeiter 916 280 Mark, Textilarbeiter 785 670 Mark, Handels- und Transportarbeiter 773 530 Mark, Maler 633 195 Mark, Tabakarbeiter 600 129 Mark, Lithographen 543 866 Mark, Schuhmacher 521 540 Mark, Brauereiarbeiter 436 278 Mark, Schneider 369 672 Mark, Buchbinder 353 654 Mark, Hafenerbeiter 282 744 Mark. Es hatten ferner eine Jahreseinnahme von 200—250 000 Mark 6 Verbände, von 150—200 000 Mark 5 Verbände, von 100—150 000 Mark 5 Verbände, von 50—100 000 Mark 12 Verbände, von 30—50 000 Mark 7 Verbände, von 20—30 000 Mark 4 Verbände, von 10 bis 20 000 Mark 4 Verbände und unter 10 000 Mark 3 Verbände.

Nicht bei allen Verbänden ist die Jahreseinnahme vollständig angegeben, weil die in den Zweigvereinen geleisteten Ertragsbeiträge für lokale Zwecke nicht immer vollständig festgestellt und der Gesamtberechnung des Verbandes eingefügt werden konnten.

Die Jahresausgabe stellte sich im Jahre 1905 in den 64 Verbänden, die der Generalkommission angeschlossen sind, auf 25 024 234 Mark. Im Jahre 1891 hatten die 47 Verbände, die Berichte erstatteten, eine Ausgabe von 1 606 534 Mark und im Jahre 1900 hatten die 58 Verbände, von denen Bericht vorlag, eine Ausgabe von 8 088 021 Mark. In der Zeit von 1891 bis einschließlich 1905 verausgabten die Verbände 111 197 616 Mark. Von dieser Summe entfielen auf Rechtschutz, Unterstützungen und das Verbandsorgan 43 113 494 Mark, und zwar wurden in dem genannten Zeitraum verausgabt für: Rechtschutz 1 128 907 Mark, Gemeinregelunterstützung 2 317 911 Mark, Reiseunterstützung 6 455 889 Mark, Arbeitslosenunterstützung 10 356 261 Mark, Krankenunterstützung 9 717 366 Mark, Invalidenunterstützung 1 395 015 Mark, Beihilfe in Not- und Sterbefällen 2 583 797 Mark, zusammen 34 225 146 Mark. Für das Verbandsorgan wurden 8 888 348 Mark verausgabt. Damit ist die überaus segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften erwiesen. Jedoch haben sie sich nicht etwa damit begnügt, die Mitglieder in Notfällen hilflos zu erhalten, sondern sie haben mit aller Energie dahin gewirkt, der Arbeiterschaft eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Das beweisen die enormen Aufwendungen für die Streiks und Ausperrungen. Von 1891 bis einschließlich 1905 wurden hierfür 33 120 243 Mark verausgabt. Daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in den letzten Jahren, wie vielfach behauptet wird, den Kämpfen aus dem Wege gehen, wird widerlegt durch die Steigerung der Ausgaben für Streiks und Ausperrungen. Diese betragen von 1892 bis 1897 unter 1 Million Mark pro Jahr, stiegen 1898 auf etwas über 1 Million Mark, im Jahre 1900 auf fast 2¼ Millionen und sanken in den nächsten beiden Jahren auf etwas unter 2 Millionen Mark. Dann steigerten sie sich im Jahre 1903 auf 4¼, 1904 auf fast 6 und 1905 auf 9¼ Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, wie wenig die Gewerkschaften, trotz Ausbau der Unterstützungsanstaltungen, ihre wichtigste Aufgabe, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hintenanzusetzen.

Die Ausgaben für die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit im letzten Jahre zeigt die folgende Aufstellung:

Es verausgabten im Jahre 1905 für:	
	Organisationen
Verbandsorgan	64 1 115 397 Mk.
Agitation	64 1 305 132 "
Streiks im Beruf	55 9 149 708 "
Streiks in andern Berufen	62 524 386 "
Rechtschutz	57 311 239 "
Gemeinregelunterstützung	47 488 765 "
Reiseunterstützung	44 712 820 "

Arbeitslosenunterstützung	41 1 991 924 Mk.
Krankenunterstützung	38 1 920 839 "
Invalidenunterstützung	7 273 960 "
Beihilfe in Sterbefällen	41 328 076 "
Beihilfe in Notfällen	42 296 128 "
Umzugskosten	39 175 551 "
Stellenvermittlung	14 12 998 "
Büchlein	27 37 256 "
Sonstige Zwecke	61 1 037 745 "
Konferenzen und Generalversammlungen	56 312 798 "
Beitrag an die Generalkommission	62 182 449 "
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38 224 984 "
Prozesskosten	19 8 920 "
Gehälter	63 466 856 "
Verwaltungsmaterial	63 542 064 "

Am Kassenbestand verblieben den Verbänden am Schlusse des Berichtsjahres 19 635 850 Mark, gegen 16 109 503 Mark am Schlusse des Jahres 1904. Im Jahre 1891 hatten die gesamten Verbände nur 425 845 Mark Kassenbestand, der sich im Jahre 1900 bereits auf 7 745 902 Mark erhöht hatte. Von dem Bestand am Schlusse des Jahres 1905 entfallen auf den Verband der: Buchdrucker 4 940 149 Mark, Maurer 2 732 467 Mark, Metallarbeiter 2 177 198 Mark, Holzarbeiter 1 840 987 Mark, Bergarbeiter 1 226 445 Mark, Zimmerer 919 169 Mark.

Die Unterstützungen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da, wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Reiseunterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903. Krankenunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21), Invalidenunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstützung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Kampfmittel sich auf dem Gewerkschaftskongress 1896 eine große Minorität ausgesprochen, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Bauberufes, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen die statistische Arbeitslosenunterstützung. In diesen wurden im Jahre 1905 insgesamt 1 991 924 Mark an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, welche Unterstützung auszahlten, hatten zusammen 866 000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von 2,30 Mark entstanden ist. Die Belastung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstützung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. In den Organisationen, die nicht eine prozentual bedeutende Mitgliederzunahme hatten und bei denen die Arbeitslosenunterstützung seit vielen Jahren eingeführt ist, sind die Ausgaben für diesen Unterstützungsweig ganz enorm. So zahlten 1905 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung: Bildhauer 13,40 Mark, Buchdrucker 10,78 Mark, Guttmacher 8,13 Mark, Lithographen 6,20 Mark, Glaser 6,04 Mark und Notenfischer 5,89 Mark. Das ist eine enorme Belastung der Mitglieder, jedoch muß sie getragen werden, weil für die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel ist.

Von den 63 Verbänden, die am Schlusse des Jahres 1905 bestanden, hatten 61 ein eignes Verbandsorgan und 2 (Buchdrucker- und Holz-Verbindungen und Formstecher) bezogen das Verbandsorgan der verwandten Berufsorganisation. Von den Verbandsorganen erscheint 1 wöchentlich dreimal, 29 erscheinen wöchentlich, 3 monatlich 3mal, 16 alle 14 Tage, 6 monatlich 2mal und 6 aller Monate. Die Verbandsorgane hatten eine Gesamtauflage von 1 550 450 Exemplaren, gegenüber einer Auflage von 1 235 700, 1 044 650 und 816 420 Exemplaren in den drei Vorjahren.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. August 1906.

Vier in Einer.

In den bisherigen Enthüllungen über die Kolonialtipperei ist ganz allgemein von der Firma Lippelskirch die Rede gewesen. Es ist nun für die Beurteilung dessen, was noch kommen wird, gut, sich gegenwärtig zu halten, daß wir es hier nicht mit einer, sondern mit vier Firmen zu tun haben, die unter dem Sammelnamen Lippelskirch u. Co. von dem politischen Chronisten gebucht werden müssen.

Nach berühmten Mustern ist die finanzielle Verbindung dieser vier Firmen recht kompliziert gestaltet worden. Der „Plutus“, die vom Genossen Georg Bernhard herausgegebene finanzielle Wochenchrift (Plutus-Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69), gibt in seiner neuesten Nummer darüber folgende Aufklärung:

Die Hauptfirma ist die offene Handelsgesellschaft von Lippelskirch u. Co., die im Jahre 1895 gegründet wurde. Diese

offene Handelsgesellschaft und Herr Arnold Schab in Berlin haben sich zusammen zur Gründung der Firma von Lippelskirch u. Co. G. m. b. H., deren Kapital 300 000 Mark beträgt. In diese G. m. b. H. brachte die offene Handelsgesellschaft die Firma von Lippelskirch u. Co., Filiale Charlottenburg, um den Preis von 290 000 Mark ein. Herr Arnold Schab zahlte 10 000 Mark bar. Als Geschäftsführer dieser, G. m. b. H. fungieren die Herren: Horst von Lippelskirch, Heinrich Reichelt und Arno Schab. Schon hieraus geht also hervor, daß neben der G. m. b. H., von der in der Presse immer nur die Rede ist, die alte offene Handelsgesellschaft ruhig weiter besteht. Die dritte Gesellschaft ist ein Immobilien Syndikat, in dessen Händen sich die Fabrik der Gesellschaft am Lehrter Bahnhof zu Berlin befindet.

Nach verschiedenen Richtungen am interessantesten aber ist die vierte Gesellschaft. Am 14. Juni 1901 nämlich schloßen der Kaufmann Horst von Lippelskirch, als Geschäftsführer der offenen Handelsgesellschaft von Lippelskirch u. Co., und Herr Engelbert Gehl als Geschäftsführer der in Tientsin domizilierenden offenen Handelsgesellschaft G. Meyer u. Co. einen Vertrag, laut welchem die G. m. b. H. „von Lippelskirch u. Co. Filiale Tientsin“ errichtet wurde. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mark, die Firma G. Meyer zahlte zunächst 60 000 Mark ein, während Lippelskirch ihr bisher in Tientsin betriebenes Geschäft einbrachte. Als Zweck der Gesellschaft wurde insbesondere angegeben „der Vertrieb aller militärischen Bedarfsartikel in den nördlich der Provinz Schantung gelegenen Teilen des chinesischen Reiches“. Raum war also die ostasiatische Expedition in die Wege geleitet worden, so beizien sich die Herren von Lippelskirch u. Co., ihren Profit sicherzustellen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt scheint von besonderem Interesse der § 4 des Gesellschaftsvertrages, der lautet: „Alle Waren sind durch die in Berlin zu errichtende Zweigniederlassung zum Einkaufspreise zuzüglich einer ihr zufallenden Kommissionsgebühr von 5 Proz. zu liefern. Soweit Waren vorrätig in Hamburg zu kaufen sind, ist die Zweigniederlassung gehalten, diese Einkäufe bei der Firma G. C. Eduard Meyer in Hamburg zu bewirken. Letztere wird ebenfalls in Hamburg gegründet.“

Der Zweigniederlassung steht in diesem Falle keine Kommissionsgebühr zu. Die Berliner Zweigniederlassung, von der in diesem Vertrage die Rede ist, wird bei der alten Firma Lippelskirch u. Co. geführt. Es geht also daraus hervor, daß an den Waren, die irgend eine der Lippelskirchschen Gesellschaften m. b. H. liefert, die offene Handelsgesellschaft Lippelskirch u. Co. noch immer 5 Proz. Kommissionsgebühr vorweg erhalten hat. Außerdem aber erweist jeder Vertrag den Eindruck, als ob es sich dabei um eine Art Kartellbildung zwischen den Firmen Meyer und Lippelskirch gehandelt habe.

Diese Verträge sind noch nach anderer Richtung hin bemerkenswert. Aus ihnen erhellt, daß sich in der Tat die Firmen Lippelskirch als Zwischenhändler betrachtet haben, während sie nach den Vertragsbestimmungen mit dem Reich angeblich nur Waren eigener Fabrikation liefern durften. Das hätte sehr wohl bei der Abnahme der Waren bemerkt und gerügt werden müssen, und das Reich hätte damit sogar eine Handhabe zur Lösung der Lippelskirchschen Verträge gehabt. Dafür, daß das nicht geschehen ist, gibt allerdings der Umstand eine Erklärung, daß Herr Major Fischer sich selbst kontrollierte, und das würde noch erklärlicher sein, wenn sich wirklich herausstellen sollte, daß Herr Fischer sich finanziell in den Händen der Leihhaber von Lippelskirch befand.

Wer abgesehen davon, ob Herr von Robbielski die Einzelheiten der Lippelskirchschen Handlungswegs gekannt, und ob Herr Fischer, vom Glanz des Goldes geblendet, ein Auge bei den Verträgen und Lieferungen der Firma geblendet hat, eröffnet der Fall Lippelskirch vor unserm Auge von neuem die Perspektiven, die durch die zunehmende Verpöbelung unserer großen Finanzmächte und Geschäftsleute mit hohen Beamten und Offizieren gegeben sind. Nur an einige Fälle sei erinnert: Herr Helfferich, der nicht ohne Fühlung mit den Konzeptionsinstanzen im Kolonialamt war, ist zur Anatolischen Bahn engagiert worden, Herr Böcker, der in der Karolinenstraße als Vertreter der Staatsbehörde fungierte, trat als Direktor in den Stahlwerkverband ein, Herr Mide, einst Direktor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten und einer der Väter des Kleinbahngesetzes, sitzt schon lange im Vorstand der Großen Berliner Straßenbahn, und Herr Sellwig, der Protektor Fischers im Kolonialamt, dem sogar schwere Verfehlungen im Interesse seines Schützlings vorgeworfen werden, gilt als zukünftiger Direktor der Namencbahn. Was will es da sagen, ob wirklich ein Mann — vielleicht in unverschuldeter Not — sich hat spiden lassen? All die Fälle der Intimität von ehemaligen Staatsbeamten mit privaten Geschäftsunternehmungen erscheinen mir viel bedenklicher. Dabei sind die Helfferich, Mide und Böcker tabellolose Ehrenleute, denen man nicht einmal das geringste nachzagen, geschweige denn nachweisen kann. Im System, nicht in den Personen liegt die Gefahr: Dem Staatsbeamten winken Privatstellungen mit Riesengehältern, und die Privatunternehmungen profitieren von dem Einfluß, den ihre neuen Geschäftsführer kraft ihrer früheren Beamtenstellungen und durch die Kenntnisse, die sie sich dort erworben haben, einmal ausüben. Früher stand und fiel das Schicksal des Beamten mit der Stellung, die er sich in der Hierarchie erworben hatte, heute bedeutet in vielen Fällen die Beamtenstellung nur noch eine Kasteiung, um bereinigt das Himmelreich der Industriegehälter zu erwerben.

Die „Germania“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer mit einer dieser vier Firmen, und zwar dem „Immobilien-Syndikat“. Die „angesehene parlamentarische Seite“, die ihr als Quelle dient, bekräftigt die Richtigkeit der Robbielski-Scherischen Behauptung, der große märkische Schweinezüchter und Landwirtschaftsminister habe nur als

Mann seiner Frau mit der Firma Toppelstörch in Verbindung gestanden:

Das Verhältnis v. Roddielki, Reichel, v. Toppelstörch beschränkte sich nach unsern Informationen nicht auf die Firma von Toppelstörch u. Co., sondern umfing auch zur Bildung eines sogenannten Immobilien-Syndikats, welches gegründet wurde, um eine neue Fabrikanlage für die Firma Toppelstörch u. Co. zu errichten, und zu diesem Zweck mehrere Grundstücke in der Lehmstraße erworben. Auf Grund dieses Erwerbs und Kaufens wurde dann erst die Firma Toppelstörch u. Co. ein längerer Kontrakt zugestanden.

Unser Wissen ist jedoch als Teilhaber des Immobilien-Syndikats nicht die in Obenerwähnte getretene Ehefrau, sondern Herr v. Roddielki selbst eingetreten. Da es ausschließlich für den Zweck der Erlangung eines längeren Kontrakts für die Firma Toppelstörch u. Co. mit der Kolonialverwaltung errichtet wurde, so kann die Darlegung des Berliner „Sozial-Anzeigers“ nicht von Herrn v. Roddielki antwortet sein. Legationsrat v. Bunniger, der mit Genehmigung des Kolonialamts in die Firma T. u. Co. eingetreten sein soll, war dagegen unfrei willig nicht am „Immobilien-Syndikat“ beteiligt.

Dieser wichtigen tatsächlichen Aufklärung, auf die der nervenstarke preussische Minister noch wird antworten müssen, folgt als blutiger Hohn folgender Lobgesang:

Der übrigens Herr von Roddielki einen Vorwurf daraus machen will, daß er direkt oder indirekt, sei es durch die Firma T. u. Co., sei es durch das Immobilien-Syndikat an den Kolonialgeschäften beteiligt gewesen, um sich etwa daraus großen Gewinn zu verschaffen, der verkümmert die Eigenschaften des Herrn Landwirtschaftsministers vollständig. Die näheren Bekannten des Herrn von Roddielki können seine staunenswerten geschäftlichen Gewandtheit, seine kaufmännische Routine und seinen Reichtum an neuen Ideen, nicht allein auf landwirtschaftlichen, sondern auch auf kommerziellen Gebiete. Herr von Roddielki ist ein kaufmännischer Genie, er war früher nicht nur Offizier, Staatssekretär des Reichspostwesens und Landwirtschaftsminister, sondern auch kaufmännischer Direktor, Leiter von Anstalten usw., er hatte dabei aber nicht bekümmerte Interessen, sondern mehr wirtschaftliche und kulturelle Fortschritte im Auge. Das bedeutet übrigens auch die Notiz des „Berliner Sozial-Anzeigers“ an, indem sie sagt, die Firma Toppelstörch habe hauptsächlich ideale Zwecke verfolgt. Daß sie überhaupt sich auch große Gewinne für die Beteiligten ergeben haben, ist allerdings nicht zu bestreiten.

Wenn Rod diese Verhöhnung genossen haben wird, wird selbst dieser ruhige Gemütsmensch in Galie geraten. Mit seiner Ruhe wird es daher halb so weit sein wie mit seiner Ministerlaufbahn: sie ist dahin. Ein kaufmännisches Genie“ braucht aber um deswillen um die Zukunft nicht besorgt zu sein. Reizen doch die oben mitgeteilten Fälle, daß frühere hohe Beamte und Offiziere auch dann glänzend dotiert werden, wenn ihnen selbst ihr ärgster Feind nicht kaufmännisches Uebermenschentum vorwerfen kann.

Für die guten Leute aber, die an die altpreussische Tradition der Armut im Amte noch glauben, brechen böse Zeiten des Erwachens aus einem Frglauben an. Mit ihren Idealen müssen sie die „idealen Zwecke“ eines Roddielki bezahlen! —

Der gewaltsame Umsturz der Ordnungsmänner.

Gegen das Reichstagswahlrecht ist im Verlage der „Schiffahrt“ in Dresden eine Flugchrift von Peter Mann erschienen, in welcher die Einführung des „Individualwahlrechts“ durch ein Gruppenwahlrecht empfohlen wird, das heißt auf deutsch: an die Stelle des allgemeinen Wahlrechts soll ein berufständisches gesetzt werden, wie es von den Konservativen verlangt wird. Dieses berufständische Wahlrecht würde dann natürlich so ausgestaltet werden, daß die Masse der Lohnarbeiter in eine Minoritätst Gruppe zusammengepackt und den „besitzenden und gebildeten Ständen“, vornehmlich den Junkern, auf ewig die Herrschaft über den Staat gesichert würde.

Die Schrift des Herrn Petermann wird daher im „Scherischen Tag“ von dem konservativen Junker Dietrich v. Dörzen sehr sympathisch besprochen. Herr v. Dörzen ist kein Unmensch, er will gnädigst noch die Reichstagswahlen von 1908 abwarten. Sollten die Kerls bis dahin Nischen annehmen und statt der roten Umfänger lauter ostbaltische Rittergutsbesitzer wählen, so soll dem Reichstagswahlrecht noch Parbon gegeben und alles vergessen und vergessen sein. Wenn aber „die Sozialdemokratie weiter zunimmt bis zu einem Punkt, daß keine Regierung länger mit dem von ihr beherrschten Reichstag regieren kann, dann muß eben das Vaterland gegen die Partei gerettet und die Verfassung geändert werden.

Wie die Verfassung nach den Wünschen des Herrn Dietrich von Dörzen geändert werden kann, wenn nicht er, sondern die Sozialdemokratie den Reichstag beherrscht, verrät er leider nicht; man muß sich an Herrn v. Oldenburgs Rede über „Armenrecht und Sabel“ erinnern, um die Lösung des Rätsels zu finden. Herr Dörzen fordert ganz einfach zum gewaltsamen Umsturz auf, und wenn er diese Auforderung in gegebenen Augenblick wiederholt, so wird man ihn dafür, streng nach dem Gesetz verführend, ins Zuchthaus hauen müssen.

Hoffentlich ist die hohe Regierung, die ja dazu da ist, die bestehende Rechtsordnung zu schützen, in diesem Fall mit uns ganz einer Meinung und wird es nicht verkümmern, was das in der nächsten Nummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu befürworten.

Zentrum und preussische Wahlrechtsbewegung.

Die Situation, in die das Zentrum durch die preussische Wahlrechtsbewegung gebracht wird, wird immer schwieriger. Theoretisch bekannt ist diese Partei zum gleichen Wahlrecht, praktisch aber hat sie nicht nur nicht das mindeste getan, ihre Forderung durchzusetzen, sondern sie hat die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung in ihrer Presse mit Hohn und Spott verfolgt und zwei sozialdemokratische Wahlrechtskämpfer wegen angeblicher „Beleidigung“ des Dreiklassenlandtags dem Strafgericht ausliefern gelassen. Im übrigen hat sie nur zwei gewundene Erklärungen — im „Reichstag“ und im „Landtag“ — abgegeben gegen das bestehende Pressewahlrecht, das sie in Wirklichkeit schätzt als die geborgene Dienarin der Regierung und der herrschenden Klassen, an dessen Festhalten sie aber als Partei eigentlich nicht direkt interessiert ist. Ja, im Gegenteil: das Zentrum verachtet dem Reich-

tagswahlrecht die überragende Rolle, die es im Reich spielen darf, während es im preussischen Dreiklassenlandtag von dem konservativ-nationalliberalen Kartell in die Minderheit gedrängt wird. Diese Situation ist dem Zentrum besonders fühlbar geworden bei der Beratung der Schulvorlage die zwar ultramontanen Wünschen in weitgehendem Maße entspricht, aber faktisch doch unter Ausschaltung der Fraktion Spahn zustande gekommen ist.

Um veröffentlichten die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“ — die alte, einst von Görres geleitete und im Zentrumskreisen sehr angehaltene Zeitschrift — einen aus Berlin datierten Artikel, der die gesamte politische Situation beleuchtet, um zu dem Schlusse zu kommen, daß das Zentrum müsse jetzt aktiv in die preussische Wahlrechtsbewegung eintreten und im Abgeordnetenhaus selbst die Forderung des gleichen Wahlrechts mit aller Entschiedenheit vertreten. Die ausschlaggebende Stelle des Artikels lautet:

Das Zentrum muß und wird sich hoffentlich... wehren. Mit einem Schlage kann es in die andern Parteien eingreifen; es darf nur die Forderung des gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus mit aller Entschiedenheit vertreten und einen entsprechenden Gegenentwurf im Herbst einbringen. Schon im letzten Frühjahr hat sich der Abg. Forch der Erklärung des Reichstagszentrums angeschlossen (No. 62), daß in den Einzelstaaten in irgend einer Form das allgemeine Wahlrecht des Reichstags gegeben werden muß. Wenn die preussische Zentrumskolonnen nur ihre Forderung energisch betreibt, so hat sie auch das Kartell geprengt. Die Nationalliberalen müssen hierfür eintreten (P.), sie haben jederzeit sogar einen der Ihren ausgeschlossen, weil er sich gegen das Reichstagswahlrecht ausgesprochen. Dann werden wohl Konservativen und Freikonservativen zusammenzusehen, jedoch eine Minderheit bilden, das Zentrum aber wird als Gefolgsschiff haben die gesamte Linke und die Nationalliberalen. So zeigt sich auch vom tatsächlichen Standpunkt aus der jetzige Moment sehr geeignet, um diese alte Forderung Windthorst's aufs neue zu erheben und sie durchzusetzen. Schließlich muß doch jeder ruhig denkende sagen, daß es eine Ungerechtigkeit ist, die Sozialdemokratie vom preussischen Landtag auszuschließen und einer kleinen Clique die Mehrheit zu geben, die im Volke selbst nur eine Minderheit darstellt. Die preussischen Arbeiter, die für das Zentrum stimmen, erwarten auch eine kräftige Aktion in dieser Richtung; sie wird während nach verschiedenen Seiten hin wirken.

Ueber manche Auffassung des Artikelschreibers läßt sich natürlich streiten. Die Aktion des Zentrums müßte wirklich schon ganz außerordentlich energisch sein, wenn es ihr Gelingen sollte, auch die Nationalliberalen mitzureißen, die sich bisher dem gleichen Wahlrecht mit der größten Fähigkeit widersetzt haben. Zweifellos würde auch ein solcher Vorgang zu einer Spaltung der nationalliberalen Landtagsfraktion führen, deren rechter Flügel zu den Freikonservativen abschwanken würde.

Aber das alles sind weitläufige Kombinationen, für deren Verwirklichung die erste Voraussetzung fehlt, nämlich, daß das preussische Zentrum den Rat der „Historisch-politischen Blätter“ wirklich befolgt. Wir glauben nicht an politische Wunder und glauben daher auch nicht, daß ein Artikel einer noch so angesehenen Zeitschrift instande sei, in der Haltung einer Partei eine völlige Umkehr zu bewirken. Wir glauben aber an die Macht der Massen, und darum ist uns der Schlußsatz der zitierten Aussprüche, der von den Arbeitern handelt, am erfreulichsten und bemerkenswertesten.

Die preussische Anhängerschaft des Zentrums besteht zum größten Teil aus Landtagswählern dritter Klasse, aus Proletariern. Beginnen diese Massen zu erwachen, so bleibt den Zentrumskolonnen-Landtagsrätern nur zweierlei übrig: entweder nach ihrer Pfeife zu tanzen oder aber ihnen einen Empfehlungsbrief an die Sozialdemokraten zu geben. Aus diesem Grunde scheint uns die von der Sozialdemokratie eingeleitete Wahlrechtsbewegung, die, kräftig betrieben, auch die christlichen Arbeiter ergreifen muß, in der Tat geeignet und umstande, die Haltung der preussischen Zentrumskolonnen zu beeinflussen. Dann kann es aber eines Tages wirklich kommen, wie der Berliner Mitarbeiter der „Historisch-politischen Blätter“ prophezeit, und zwar ohne alle Hererei. —

Die russische Revolution.

Soldatenagitatorinnen.

Ein finnischer Parteigenosse gibt in Stockhols „Sozialdemokraten“ einige interessante Mitteilungen über die revolutionäre Agitation, die unter den in Finnland stationierten russischen Truppen betrieben worden ist. Der Artikel ist vor den Ereignissen von Swearborg und Helsingfors erschienen. Es heißt darin:

Die russischen Truppen, die während des Massenstreiks wiederholt erklärt, daß sie nicht auf das Volk schießen wollten, zeigten eine treibende Einnahme, die einer Anzahl energischer junger Revolutionsrevolutionäre Hoffnung gab, sie für des Volkes Sache zu gewinnen. Unterhandlungen wurden mit den russischen Revolutionären abgeschlossen und man begann mit einer Agitationsarbeit in kleinen Kreisen. Binnen kurzer Zeit zeigte sich ein so staunenswert gutes Verstand, daß auf einem Kongress, der Anfang dieses Jahres in Helsingfors stattfand, die Leiter der Agitation in Helsingfors auf Helsingfors anwesend wurden, das man bis dahin mehr als ein Land angesehen hatte, und das man sich nicht zu kümmern brauchte.

Russ wurde es lebhaft in den Kavernen. Die Soldaten, die bisher immer für etwas anders zu haben waren, als stumpfsinnig hinter den düstern Mauer dieser Gänge zu sitzen und in ihrer Lebenszeit sich voll zu lassen, begannen nun, dank der intensiven Agitation, wach und nach an andere zu denken. Die Kosaken und die Janakieristen, die die dümmsten und gleichgültigsten unter den Soldaten sind, wurden von jungen häßlichen Mädchen bearbeitet; sie gingen abends mit ihnen in Cafés, wuschen in ihnen den Wirtinnen gegen die strenge Disziplin und beachteten sie dazu, ihren Willen mit den bestehenden Verhältnissen anzugleichen.

Das die Agitatoren und Propagandisten nicht vermochten, gelang diesen jungen Mädchen, von denen viele der russischen Agitation angehörten. Durch ihre fremdsprachigen Worte gelang es, viele von diesen wilden Tieren zu zähmen, die in Helsingfors selbst ohne Erbarmen vielleicht sogar Vater, Mutter und Geschwister niedergeschossen hätten.

der Schandtat gedachten, an denen sie mitbeteiligt gewesen. Sie haben von denen, die früher ohne Raubern Befehle des Volkes niedergeschossen hatten, wurden die eifrigsten Anhänger. Abend für Abend kamen sie heimlich zusammen — bald bei irgend einem Revolutionsklub, bald in einem Café, bald in einem verfallenen Winkel der Kaserne.

Die Mannschaft der Flotte und die Arbeiterinnen, die im allgemeinen dem Rüdischen Proletariat angehören und die in Helsingfors in der Arme bilden, waren am leichtesten zugänglich. Schon nach ein paar Zusammenkünften brannten sie von Ekser und wollten teilnehmen an der Agitationsarbeit. Sie gründeten geheime Zirkel, sie halfen bei der Druckarbeit, sie lieferten tüchtige Agitatoren. Binnen weniger Wochen hatte die Agitationsarbeit unter ihnen dermaßen gewirkt, daß man sich genötigt sah, ihren Uebertreter zu dämpfen.

Auch bürgerliche Berichterstatter merken etwas von der revolutionären Tätigkeit der Frauen und Mädchen. Aus Kopenhagen wird einem Londoner Blatt gemeldet, daß „finnische Frauen, die an ihrer Kleidung revolutionäre Abzeichen tragen, sich eifrig an der revolutionären Propaganda beteiligen. Die Frauen gehen in die Fabriken rings um Helsingfors und wiegeln die Arbeiter zu einem allgemeinen Streik auf. Sie verteilen Revolver und Dolche und fordern auf, daß die Arbeiter sich zu einem Aufstand vorbereiten sollen, bei dem beabsichtigt ist, alle Behörden niederzumachen. Die Regierung ordnete an, daß alle Frauen, die bei revolutionärer Propaganda in den Fabriken betroffen werden, standrechtlich erschossen werden sollen.“ Den Mut dieser Brutalität wird selbst die brutale Jarenhorde nicht mehr auszubieten wagen. —

Die Waldbrüder.

Ueber eine eigenartige Gruppe Lettischer Revolutionäre erzählt die „Volkszeitung“, das Organ des jüdischen Arbeiterbundes:

Die Strafexpedition des Generals Orlow hat eine besondere Erscheinung ins Leben gerufen — eine Art von freien Schützenbund, die sogenannten „Waldbrüder“. Dies sind Bauern, die an den Unruhen teilgenommen haben, die glücklich Galgen und Gefängnisse entronnen sind und jetzt verständlicherweise sich nicht den zarischen Herrkern ausgeliefert mössen. Es sind Leute, die nur zufällig am Leben sind; deren Existenz fortwährend bedroht ist, Leute, die nichts bezühen und nichts zu verlieren haben.

Sie haben geschworen, alle Verbrechen der „Strafexpeditionäre“ zu rächen, und haben allen Spiegeln und Berichtern, die die Strafexpeditionen in ihrer Tätigkeit unterstützen haben, blutigen Krieg erklärt. Die lokalen Verhältnisse sind ihnen gut bekannt, die einzige Sprache, die sie sprechen, ist die lettische; in kleinen Gruppen zerstreut leben sie im Dickicht der heimatischen Wälder, wo sie auf Schritt und Tritt vom Tode bedroht sind. Von da aus unternehmen sie von Zeit zu Zeit eigne Expeditionen nach den benachbarten Schloßern und Kasthöfen, überfallen Barone, Landpolizisten, Kosaken, Dragoner und jeden, der in irgend einer Beziehung den Verteidigern des alten Regimes nahe steht. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß von ihrem Haß vor allem diejenigen leiden, die den Strafexpeditionen geholfen haben; die Revolutionäre ausfindig zu machen.

Die „Waldbrüder“ sind ausgezeichnet bewaffnet, ihre Kugeln verfehlen selten das Ziel und ihre Kenntnis der Gegend macht sie fast unfaßbar. Auf diese Weise jagten sie allen, die ein unreines Gewissen haben, heillose Angst ein.

Ihre Zahl ist, wie es scheint, ganz bedeutend, und die Regierung sieht sich gezwungen, zu ihrer Bekämpfung ganz besondere Expeditionen auszusenden — aber umsonst: die „Waldbrüder“ setzen ihr Werk ungehindert fort. Sie sind in steter enger Fühlung mit den benachbarten Bauern und werden von ihnen mit Lebensmitteln reichlich versorgt. Im tiefsten Waldesdickicht haben sie ihre Lagerhütten, Höhlen mit geheimen Gängen, geheime Proviantkammern, wo sie zuweilen sogar Wein und Bier zur Verfügung haben.

Die „Waldbrüder“ kennen kein Mitleid. Ein Baron hatte von einer „Waldbrüderhütte“ Wind bekommen und begann sie auszuspiionieren, aber schon nach einigen Tagen blühte er das Leben ein. Die von den „Waldbrüder“ ausgeführten Ueberfälle zeugen durchaus von ungewöhnlicher Geschicklichkeit, tollkühnem Mut und staunenswerter Kaltblütigkeit. Es ist daher leicht verständlich, daß es nicht gelingt, ihrer habhaft zu werden, um so mehr, da der größte Teil der Bevölkerung mit ihnen sympathisiert und der andre Teil sich vor ihnen fürchtet und es nicht wagt, sie zu verraten.

So ist zum Beispiel folgender Vorfall bekannt geworden: Als die „Waldbrüder“ eines Kreises sich durch zahlreiche Ueberfälle allzu sehr bemerkbar machten, befahlen die Behörden den Bauern dreier Dörfer, den Wald zu umringen und die „Waldbrüder“ zu fangen. Natürlich haben die Bauern niemand erwischt, aber als die „Waldbrüder“ zu ihren Häusern zurückkehrten, fanden sie eine Menge Lebensmittel, die die Bauern für sie dort gelassen haben.

Vor kurzem hat umweit Riga ein Zusammenstoß zwischen einer Gruppe „Waldbrüder“ und einer Abteilung Kosaken stattgefunden. Die Letzteren räumten das Feld, indem sie zwei Tote und fünf Verwundete hinterließen. Über auch bei den „Waldbrüder“ war ein Schwerverwundeter. Da er seinen Genossen nicht zur Last fallen wollte, machte er seinem Leben selbst ein Ende, nachdem er sein Gewehr dem besten Schützen der Gruppe testiert hatte. —

Letzte Nachrichten.

* Moskau, 10. August. In sämtlichen hiesigen Fabriken ist nach offizieller Meldung die Arbeit wiederaufgenommen. Die Zahl der Ausständigen überschreitet nicht die „sonst übliche“ Zahl. Die Mehrzahl der Druckereien ist im Betriebe, wenngleich die Arbeiter noch nicht vollständig zur Arbeit erschienen. Straßenbahnen verkehren wieder. Eine Deputation der Druckereibesitzer hat den Stadthauptmann, die verhafteten Delegierten der Schriftsetzer wieder freizulassen. Der Stadthauptmann verspricht ihnen, das möglichste zu tun. Der Minister des Innern hat dem Polizeipersonal seine Dankbarkeit für den musterhaften Dienst während des Ausstandes ausdrücken lassen. —

* Kopenhagen, 10. August. Am Samstag wird vom hiesigen Kriegsjournal das Urteil über die Kauterzer vom Kreuzer „Kanjat Nowa“ veröffentlicht werden. Einer Anzahl von ihnen droht der Tod durch Erschießen, darunter dem Hauptagitator, der sich als einen Subaltern Petrow bezeichnet und seinen wahren Namen verweigert. Daher werden Unruhen auf den vor Kopenhagen stationierten Kriegsschiffen befürchtet; sie erhielten infolge dessen sämtliche

Deutscher Hausbesitzer tag.

In Eisenach, der Wartburgstadt, tagten vom 5. bis 8. August die deutschen Hausagrarien, die sich in dem Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, dem 250 Vereine mit über 30.000 Mitgliedern angehören, eine Organisation geschaffen haben, die in derselben rücksichtslosen Weise die „Rechte“ oder richtiger Ansprüche ihrer Mitglieder wahrnimmt, wie die Organisation der Herren von Ar und Galin, der Bund der Landwirte. Der Dresdner Baumeister Hartwig, ein mütiger Reaktionär, als Vorsitzender dieser ausgearbeiteten Gesellschaft, operierte genau nach dem großen Vorbild dieses Bundes, d. h. er zeigte sich äußerlich sehr unzufrieden mit der hohen Regierung, zählte aber doch verächtlich schmurnelnd das auf, was insbesondere das preussische Abgeordnetenhaus und andre hohe Behörden im Interesse der Hausbesitzer getan und unterlassen haben.

Doch lassen wir der Trefflichen selber reden: Er konstatiert, daß an Stelle der früher sehr absprechenden Beurteilung der Bestrebungen der Hausbesitzer in den letzten Jahren die Verhandlungen der Hausbesitzertage in der Presse einer wenn auch nicht immer zustimmenden, so doch ernstlichen und würdigen Kritik unterzogen worden seien. Das lasse erkennen, daß die Ueberzeugung von der hohen Wichtigkeit des städtischen Grundbesitzes immer mehr Boden fände und daß sich die Geneigtheit immer mehr kund gebe, auch den Hausbesitzern ihr Recht werden zu lassen und anzuerkennen, was sie für die Entwicklung der Gemeinden, die Verschönerung des Stadtbildes und die Sanierung des Wohnungs-wesens getan haben. Auch das Interesse, welches die städtischen Behörden dem Wohl und Wehe des städtischen Haus- und Grundbesitzes zuwenden, zeige sich hier und da schon erwärmt als früher, wenn es auch noch lange nicht so weit gekommen sei, an diesen Stellen den kleinsten Teil des Interesses zu finden, welches diese Institutionen den auf Förderung des Arbeiterwohles gerichteten Bestrebungen entgegenbringen. — Aber das Eintreten des preussischen Abgeordneten-hauses für eine Milderung des Einkommensteuergesetzes in dem Sinne, daß man die städtischen Grundsteuern nicht mehr als Einkommen zu versteuern brauche, die günstige Beurteilung der Petition des Verbandes um Milderung des § 313 StGB. (nur notarielle Kaufverträge sollen gültig sein), die wiederholte nachdrückliche Erklärung des Geh. Regierungsrats v. Grimm aus dem Reichstag des Innern, daß Unterstützungen an Baugenossenschaften nur da gewährt werden sollen, wo der Bedarf an Wohnungen als dringend nachgewiesen sei, die Zuschußnahme des Grundbesitzes bei der Beratung des Gesetzes über die dinglichen Kirchensteuern im preussischen Abgeordnetenhaus, alles das seien erfreuliche Zeichen beginnender Unbefangenheit.

Allein diese Errungenschaften seien doch erst schwache Anfänge zu dem, was der Verband in viel stärkerem Maße als die dem städtischen Hausbesitz zukommende Beachtung und Würdigung seiner berechtigten Interessen erstreben müsse. Und gerade das müsse zu erneuter Spannkraft und frischster Tätigkeit anregen. In Eisenach müßte, so schließt Baumeister Hartwig, die Einmütigkeit der Kampfbegeisterung vor aller Welt bekundet werden.

Feuilleton.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorli. Uebersetzt von R. Adler. (46. Fortsetzung.)

Seit Nlia die Bekanntschaft Olympiadas gemacht hatte, erschien ihm das Haus Titimonovs noch schmutziger und euger. Wenn er daran dachte, überkam ihm ein Gefühl physischen Efels, als strichen kalte, schlüpfrige Hände über seinen Leib. Heute fühlte er dies besonders stark. Nirgends im Hause duldete es ihn recht. Endlich stieg er apathisch zu Matiza ins Dachkammerchen hinauf. Wie er so die Stiege hinaufkletterte, war's ihm wie eine Vorahnung, die mit sonderbarer Weisheit sein Herz beklammte, als ob dieses Haus einem unerwarteten, fürchterlichen Ereignis entgegengehe. Mit solchen Gedanken kam er zu Matiza und erblickte sie auf einem Sessel neben ihrem breiten Bett. Sie richtete die Augen auf ihn und flüsterte laut mit drohend erhobenen Finger: „Still! Sie schläft!“ Es klang, als streiche der Wind durchs Zimmer. Auf Matizas Bett lag Mascha zu einem Knäuel gerollt und schlief. „Was sagt man nur dazu?“ flüsterte Matiza und gloyte müidend aus großen Augen. „Man fängt schon an, Kinder zu erschlagen! Man schlächtet Säuglinge! Daß sich die Erde unter ihren Füßen spalte!“ Nlia stand beim Ofen, hörte ihr flüstern und betrachtete Maschas Figuren, das in ein graues Tuch eingehüllt war. Dabei lief es ihm durch den Kopf: Welches Ende wird dieses Mädchen nehmen? „Weißt Du, daß er Marilka beim Zopf gerissen hat, dieser Teufelsdieb, diese Schenkenseele? Seinen Sohn hat er gepörrgelt, sie hat er gepörrgelt, und jetzt droht er ihnen, sie beide aus dem Hause zu jagen. W? Weißt Du's? Wohin wird sie jetzt gehen? Nun?“ „Nielleicht kann ich ihr eine Stelle verschaffen,“ sagte nachdenklich Nlia. Er erinnerte sich, daß Olympiada ein Stubenmädchen suche. „Du!“ flüsterte vortwursvoll Matiza. „Du gehst da

So sprach er am Begrüßungsabend, wo die Geister des Meines eine mildere Stimmung erzeugen, am nächsten Morgen klang es anders, ganz anders. In der Eröffnungsrede stellte er die Fragen: Was die Hausbesitzer heute sind und was sie sein wollen? Sie sind deutsche Bürger zu einer Klasse, behaftet mit Sonderabgaben und Sondersteuern. Sie stehen außerhalb des allgemeinen Schutzes der Gleichmäßigkeit, der allen Staatsbürgern durch Gesetz und Verfassung gewährleistet sei. Und sein wollen die Hausbesitzer nichts weiter als gleichberechtigt mit den andern Ständen. Sie wollen nicht mehr bedrückt sein. Sie wenden sich deshalb gegen die Unterstützung der Baugenossenschaften die nicht notwendig sind, weil Hunderte und Tausende von Wohnungen leer stehen. Wenn es so weiter geht wie bisher, wird der Hausbesitzerstand seinem Ruin entgegengeführt. Dieser Ruin würde nicht nur für den Hausbesitzer, sondern auch für die Hunderte von Hypothekengläubigern, ja für das gesamte Volksvermögen verhängnisvoll werden. Die Organe der Wissenschaft haben dem Hausbesitz gegenüber eine wesentlich andre Stellung eingenommen als früher. Wo hinhin, das ist so ist. Wenig erfreulich; sei die Teilnahme der Hausbesitzer am Wohnungsfongress aufgegeben. Es müsse der ganzen Welt kund werden, daß die Hilfe der Hausbesitzer zur Abstellung der sogenannten Wohnungsnot schonde zurückgewiesen worden sei. Die Regierung zeige sich gegenüber den Wünschen der Hausbesitzer immer noch unzugänglich. Es gäbe aber die Möglichkeit, von dem schlecht unterrichteten Grafen Potjomowski und von dem schlecht unterrichteten Reichstag an den besser unterrichteten zu appellieren. Wenn es den Hausbesitzern mit der Frage der Gleichberechtigung Ernst ist, werden sie wohl bald in allen Gemeindevertretungen, wo sie noch das Hausbesitzerprivilegium haben, darauf verzichten?

Bekanntnisse schöner Seelen wurden bei der Debatte über das Vorgehen gegen die Unterstützung der Baugenossenschaften aus Reichs- und städtischen Mitteln zutage gefördert. — Deibel-Eberfeld sprach sich für eine Wiederholung der Massenpetition spätestens im Frühjahr 1907 aus. Nach Ansicht des Verbandsvorsitzenden werde der Kampf gegen die Baugenossenschaften den einzelnen Ortsvereinen überlassen. Diese könnten ja aber für sich über die noch petitionieren. — Daehler-Dehe trat für das Vorgehen an den einzelnen Orten ein und versprach sich insbesondere viel von der persönlichen Einwirkung auf die Abgeordneten, wie die Greißwälder auf den Reichstagsabgeordneten Gothein und den Landtagsabgeordneten Revoldt eingewirkt haben. Wenn sich nun wieder ein Abgeordneter finden sollte, der sich den Wünschen der Hausbesitzer unzugänglich zeige, so müßte ihm klargemacht werden, daß er, wenn er den Wünschen nicht nachkomme, nicht fähig sei, Abgeordneter zu sein. (Leb. Weifall.) — Brink-Greifswald: Auch ich pfeife auf die politische Partei. Wir ist der beste Abgeordnete derjenige, der für meinen Wahlkreis eintritt und tut, was uns frommt. Das ist mein Mann. (Sehr gut!) Ich selbst bin ein Liberaler Mann und werde es mein Lebtag bleiben. Aber wenn ein konservativer Abgeordneter für uns Hausbesitzer eintritt, so soll er meine Stimme haben. (Sturm. Weifall.) — Kalkbrenner-Wiesbaden hielt die Massenpetition für unentbehrlich. An

den einflussreichsten Stellen säßen die Bodenreformer, und der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, dessen Vorsitzender Graf Potjomowski sei, baue überall genossenschaftliche Arbeiterwohnhäuser.

Stürmischen Beifall fand also der lebenslängliche „Liberal“, der seine politischen Grundzüge dem Interesse seines Grundbesitzes opfert. Geld regiert die Welt, dachte Herr Volkmer-Berlin, als er ausführte: Unsere Petitionen sind viel zu zahlreich. Wir müssen viel schärfer werden. Wir sind die besten Steuerzahler, während die Bodenreformer in der Regierung die beste Karriere machen. So ist der Leiter des Baumentwohnungsvereins, Herr Roszar, jetzt sogar zum Regierungsrat befördert worden. (Zuruf: Er sollte ins Kolonialamt berufen werden.) Der zeitgemäße Wig vom „Kolonialamt“ wurde mit stürmischer Heiterkeit belächelt. In bezug auf die Genossenschaftshäuser wurde ein Antrag Hartwig angenommen, der den einzelnen Orten empfehlt, in gegebenen Fällen gegen die staatliche Unterstützung Front zu machen.

Serzergreifende Klagelieder wurden auch über die Wertzuwachssteuer angestimmt, wie denn der Hausbesitzer überhaupt der Meinung ist, daß das Steuerzahler sein besser anstehe als den Vielgeplagten. Herr Hartwig, der sich bedingt für eine geringe Grundsteuer nach Breslauer Muster aussprach, machte sich von einem andern Bruder im Grundbesitz nicht übel ob dieser Regierung anhauchen lassen. Damit die Hausbesitzer schneller zu ihrem Gelde kommen, sollen Streitgegenstände bis 1000 Mark in Zukunft den Amtsgerichten unterstehen. Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen.

Eine interessante Debatte gab es noch beim Kapitel Bau-schwindel, oder richtiger Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf betreffend die Sicherung der Bauordnungen. Viel versprach man sich von dem Gesetz nicht, es benenne die Bautätigkeit, das sei kein Schaden bei der Ueberproduktion an Wohnungen; Scheller-Hamburg meinte aber trotzdem: Auch ich bin 1895 zur Zeit des Notstandes im Bau-gewerbe mit der Mittelstandskretzeireif geblieben gegangen. Heute kann ich nicht mehr zugeben, daß die Bauhandwerker ein Privilegium bekommen. Mit demselben Rechte könnten die Schneider und Schneider eine besondere Vergünstigung für sich verlangen. Nur durch Reichsiren und Dumheit verlieren die Bauhandwerker ihr Geld. Wenn sie kaufmännisch verfahren würden, brauchten sie kein besonderes Gesetz. (Weifall.)

Man erklärte sich mit der Annahme einverstanden, nachdem Hartwig noch folgende Rede vom Stapel gelassen: Das Bauen ist die erste und wichtigste Tätigkeit; ihr verdanken wir das Aufblühen der Städte. Aber das Beste und Schönste wird im Uebermaß zu einem Fluch für die Welt. Nicht dem gefunden, solchen Bauen soll das Gesetz schaden, sondern ausschließlich dem überflüssigen, ins Blaue hinein Bauen, das es Handwerker, Bauunternehmer und Hausbesitzer gleich schadet. (Zustimmung.) Wir müssen etwas dagegen tun, daß Leute, die schon so und so oft den Offenbarungseid geleistet haben, noch immer bauen. Nur in den Gegenden übertriebener Wohnungsproduktion soll das Gesetz in Kraft treten. Wenn man die Revolution bekämpfen will, stolpert man nicht über juristische Wirnsfäden.

herum wie ein großer Herr! Du hast Dich ausgewaschen wie ein junges Ei, aber weder Schatten noch Gideln kann man von Dir heben! Güttest schon lange etwas tun können! Tut Dir denn das Kind nicht leid?“ „Sagt Dich jurist! Zieh mich nicht so an!“ erwiderte gereizt Nlia. Jetzt hatte er einen guten Vorwand, zu Olympiada zu gehen. „Wie ist die Matuschka?“ fragte er. „Zwanzig!“ Was glaubst Du denn? Zwanzig Jahre. — man wird sie aber nicht einmal für zwölf halten. So gebrechlich und dünn ist sie! Sie ist ja noch ein Kind! Taugt zu gar nichts! Kein zu gar nichts, das Kind! Wozu lebt sie überhaupt? Ihr wäre besser, wenn sie nicht mehr erwachte und hinübergeschlummerte zu unserm Herrn Christus.“ Nlia ging mit benebeltem Kopfe fort. Nach einer Stunde stand er an der Eingangstür zu Olympiadas Wohnung und wartete, bis man ihm öffnete. Es dauerte lange. Endlich ertönte hinter der Tür eine dünne, laure Stimme: „Wer ist's?“ „Ich!“ antwortete Lunew, erstaunt über die Stimme. Denn Olympiadas Dienstmagd, ein klatternarbiges, vier-schrötiges Frauennimmer, sprach mit barscher, grober Stimme und öffnete immer, ohne zu fragen. „Wen suchen Sie?“ wiederholte es hinter der Tür. „Ist Olympiada Danilowna zu Hause?“ Die Tür öffnet sich plötzlich, und in Nlias Gesicht strömte das Licht. Der Jüngling trat einen Schritt zurück und traute seinen blingelnden Augen nicht. Vor ihm stand ein kleiner Greis in einem schmeren, breiten, himbeerfarbenen Schlafrock. Er hielt eine Lampe in der Hand. Sein Schädel war fast kahl, nur ein kleiner Kranz grauer Härchen bekränzte die kahle Krone und reichte von einem Ohr bis zum andern. Auf seinem Rinn zitterte ein kurzes, dünnes, graues Härtchen unruhig her und hin. Horschend blickte er in Nlias Gesicht. Seine järsen, hellen Augen glänzten vor Tücke, seine borstige Oberlippe bebte. Die Lampe erzitterte in der trockenen, dunfelgefärbten Hand. „Wer bist Du? Komm nur herein! — Komm herein! Nun? Sag, wer bist Du?“

Nlia erriet, wer vor ihm stand. Er fühlte, wie ihm das Blut ins Gesicht schoß. Das war also der Mensch, der sich mit ihm in die Lieblosungen jener reinen, stolzen Frau teilte —

„Ich bin — ein Händler!“ sprach er dumpf und über-schritt die Schwelle. Der Greis zwinkerte mit dem linken Auge und lächelte. Seine Lider waren gerötet, von Wimpern entbläßt, und in der Mundhöhle ragten gelbe, schwarze Zahnrüste hervor. „Ein junger Händler! Gehe! Was für ein Händler?“ „Was für ein Händler?“ forschte der Alte mit schlaudem Lächeln und leuchtete ihm mit der Lampe ins Gesicht. „Ein Detailhändler. — — Sausierere! Ich verkaufe Parfüm, Bänder. — — Meinigkeiten.“ antwortete Nlia. Er hielt den Kopf gefenkt, fühlte ein Drehen im Kopfe, und rote Flecken schwaumen ihm vor den Augen. „So so! Bänder! Ja ja, Bänder! Und Parfüm! Ja ja! Also was wünschst Du, Du — Händler? Was?“ „Ich muß Olympiada Danilowna — —“ „Ah? Sie selbst? Ei, ei —! Und was willst Du von ihr?“ „Ich bekomme noch Geld, — — für Waren!“ brachte mühevoll Nlia heraus. Es erlachte ihn eine unverständliche Angst vor diesem ekelhafter Greise, und der Haß lockte in ihm auf. In der leisen, dünnen Stimme des Alten, in seinen klüßlichen Augen lag etwas, was sich Nlia ins Herz bohnte, etwas Berleidendes, Erniedrigendes. „Also Geld? Eine Schuld? Gut!“ Der Greis zog rasch die Lampe zur Seite, stellte sich auf die Fußspitzen, näherte sein gelbes, vertwittertes Gesicht dem Nlias und fragte leise mit giftigem Lächeln: „Und wo ist das Briefchen? Hier damit!“ „Was für ein Briefchen?“ fragte Nlia und wich mit Schrecken zurück. „Nun, von Deinem Herrn! Der Brief an Olympiada Danilowna! Hast Du ihn? Nun? Gib ihn her! Ich frage ihn selbst zu ihr. Also mach schneller!“ (Fortsetzung folgt.)

sondern ist froh, wenn die Regierung Soldaten scheidet, die Revolutionäre bekämpft, und wenn man selbst geschickt wird. Genau so liegt es beim Baustrick, gegen den die schärfsten Mittel nicht scharf genug sind.

Zum Schluß drohte noch die Einigkeit in die Brücke zu gehen, als ein Antrag, den Vorstand um neun Mitglieder zu verstärken, abgelehnt war. Erst als der Wälder Delegation erklärte, daß die süddeutschen Vereine dann austreten würden, wurde anders beschlossen. —

Aus der Parteibewegung.

Zum Parteitag nahmen, wie uns unser reichstädtischer W-Korrespondent mitteilt, die Mühlhauer Genossen Stellung als Delegierter wurde einstimmig Martin gewählt. Zum Punkt „Massestreik“ beantragten die Mühlhauer Genossen eine Resolution, in der mit Rücksicht auf die trotz aller Ablehnungen einer Einmüchtung in der russischen Revolution fortwährende Hege der Junterpreffe der Parteivorstand beauftragt wird, im Einvernehmen mit der Generalkommission die Durchführbarkeit des allgemeinen Massestreiks ins Auge zu fassen und vorzubereiten. —

Der Protokollteil der Berliner Gewerkschaftskonferenz, der sich mit dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften befaßt, wird der Montagsnummer der „Leipziger Volkszeitung“, wie das Blatt mitteilt, als besondere Beilage in Broschürenform beigelegt werden. —

Gemeinderatswahlen in Mühlhausen. Aus dem Reichsland wird uns vom 9. August geschrieben: Durch die Demission des Genossen Greiner als Mitglied des Gemeinderats sind in Mühlhausen zehn Gemeinderatsstellen erledigt. Da laut Gemeindeordnung bei Wahlen mindestens eines Viertels der Mitglieder des Gemeinderats Ersatzwahlen vorzunehmen sind, werden demnach neun Ersatzwahlen stattfinden müssen. Sie haben eine allgemeine Bedeutung dadurch, daß bisher unsere Partei die Mehrheit in der Gemeindeverwaltung innehatte und jetzt an einen Kartell der Ordnungsparteien gearbeitet wird. Die Aussichten sind sehr günstig. —

Vom Klassenkampf in Zürich. Das Verbot der Demonstration hat auf die Arbeiterpartei ungemein eingewirkt. Zum Montagabend waren 52 Versammlungen nach den verschiedenen Gegenden der Stadt einberufen. Die Arbeiter kamen zu Tausenden und es wurde die Parole ausgegeben: „Zum Protest nach dem ‚Selodom‘“. Von allen Seiten liefen sich die Abteilungen in Bewegung. Das „Selodom“ war halb gefüllt, aber immer noch strömten neue Tausende herbei, so daß es nötig wurde, neben der Versammlung in der Halle noch zwei Versammlungen im Freien abzuhalten. Wohl 8—9000 Menschen nahmen an der Versammlung teil. Genosse Greulich erklärte: Wir haben das Recht zu einem Demonstrationzug und wenn wir ihn ausführen wollen, so werden wir ein andermal die Polizei nicht fragen. Am Schluß der Versammlung wurde eine Demonstration durch die Straßen beschlossen und auch alsbald ausgeführt. Sie begann um 10 Uhr nachts am „Selodom“ und bewegte sich zum Selan hinüber, dann zum See, an der „Tonhalle“ vorbei, die Bahnhofstraße hinunter und am Sämannat hinauf. Da die Polizei sich nicht einmischte, so sind Zwischenfälle nicht vorgekommen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Wahrgelung in den Spandauer Eisamwerkstätten. Die Vorstandsmitglieder des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der Eisamwerkstätten in Spandau sind aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen worden, nachdem in einer Versammlung sozialdemokratische Arbeiter gesprochen hatten. Der Verein richtete darauf an die Fabrikdirektion die Anfrage, aus welchem Grunde die Wahrgelung erfolgt sei, und schickte daran die Bitte, die Kündigung zurückzunehmen. Die Fabrikdirektion antwortete, daß die Wahrgelung die Folge der Teilnahme an der Demonstration vom 8. August ist. Die Wahrgelungen sind mit dem 1. September in Kraft getreten, es ist ein neuer Vorstand gewählt worden. Die Mitglieder treten jetzt massenweise aus dem Vereine aus.

Unternehmenshochmut. Der „Volkswille“ in Hannover teilte in seiner Sonntagsausgabe mit, daß dem Eingreifen des Transporthausbesitzer-Schubens die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kohlenhandlung Klappmohr u. Roges in Linden eine nicht unerhebliche Lohnaufbesserung sich erkämpft hatten. In dieser Mitteilung schildert die Firma nun eine Verleumdung ihrer Unternehmensmajestät. Flugs legen sich die Inhaber der Firma hin, und räumen wie ihre Ehre wiederhergestellt werden kann. Das Ergebnis angefragter Sachkundigen ist, daß sie unter Anrufung des Preßgesetzes den „Volkswille“ auffordern, bekannt zu geben, daß der genannte Verband bei ihnen nichts habe erreichen können. Lediglich auf Antrag ihrer Arbeiter habe die Firma diesen eine wünschenswerte Zulage von 1 Mk. gewährt. Im Anschluß hieran zieht sie wie folgt vom Leder:

„Dieses (die beschriebene Lohnzulage) erschien unserm Verstand nicht zu genügen, denn es erlaubte sich einige Tage darauf der Verband der Kohlenhandlung eine Entschädigung, indem er uns Lohnzulage zu billigerem Preis gab. Wir haben selbstverständlich dieses Angebot überhaupt nicht beantwortet, da sich der Verband um unsere Angelegenheiten nicht zu kümmern hat, unsere Leute dagegen erklärt, daß wir nunmehr nach diesem Vorwurde für weitere Verhandlung absahen nicht mehr zu haben sind, und auch auf nichts eingehen würden, nicht mehr ein jeder, der zu unseren Bedingungen nicht mehr bei uns arbeiten wollte, kündigen konnte. Da man sich außerdem erdreistet hätte, uns vorzuschreiben, daß uns jeder Lohnzulage nachteilige Folgen für unser Land nicht einfließen dürften, haben wir als Entgegung sofort einen Teil unserer Personals entlassen, und zwar der Ordnung halber den zuletzt angeordneten. —“

Mit anderen Worten: Wir sind die Herren im Hause. Was wir tun, ist maßgebend. Auf die Organisation spielen wir. Eine geradezu grammatische sozialpolitische Klugheit, gepaart mit prozesshaften Hochmut und unerschütterter Unternehmensmajestät, spricht aus diesen Worten. Nur genaug! Hochmut kommt noch reich vor dem Fall. Die sogenannte Arbeiterpartei hat schon gewaltigen Stößen im Reiche des Schicksals der Herren-im-Haus-Philosophie entgegengebracht und zur Unabhängigkeit Arbeiter und deren Beamtungen gegenüber gezogen. —

Streiks und Lohnbewegungen in Yu- und Westland. Wegen Viehschlachten haben die Schloßler der belgischen Gegend um Brüssel im Juli Streik gemacht. Es wird dringend ersucht, den August von Schloßler fern zu halten. — Die Hausdienen und Arbeiter Berlins haben in einer Lohnbewegung. In einer Versammlung beschloß man eine Erklärung des Lohnes zu fordern und eine Erklärung des Lohnes vorzunehmen. — Die Wahrgelung von den Kollegen ist eine menschenwürdige Behandlung jedes der Betroffenen hat die Arbeiter der Schloßfabrik von Dortmund u. ss. in Dresden zur Verhandlung der Arbeit veranlaßt. Die Firma hat darauf einen anderen Teil der Arbeiter demselben, gleichfalls zu gehen. Der Streik ist somit abgemacht. — Auch eine von den Vereinen des alten Reichstagesverbandes gerichtete Delegation des belgischen Bergarbeiterverbandes wurde an den belgischen Bergarbeitern, welchen der belgische Bergarbeiterverband in Belgien in der belgischen Provinz Hennegau zu sehen. Der alte Verband wird in einem Anlauf an die belgischen Bergarbeiter vor der Verhandlung nach Belgien. — Die Bau- und Erdarbeiter in Belgien beschloßen die Arbeit einzustellen. Sie

fordern zehnjährige Arbeitszeit und Lohnerhöhung. — In Berlin sind 300 Angehörige der Paritätsgewerkschaft in den Streik getreten. Die Direktion hatte 5 Mark Zulage pro Monat angeboten, jedoch weitere Zugeständnisse abgelehnt. —

ac. Der Wirtsgewerkschaften in Berlin hat an den Verband der Weber und zugleich an den Verein der Fabrikanten einen Brief gerichtet, durch welchen er sie auffordert, den Konflikt dem Schiedsgericht der Arbeitskommission zu unterbreiten, welche in dem Gemeinderat besteht. Wie es heißt, wird der Vorschlag angenommen werden. Die Appreture und Färber haben sich mit den Webern solidarisch erklärt. — Der Verkehr der Schleppten der Eisenbahngesellschaften im Osten von New-York ruht vollständig, da die Matrosen, Maschinenmischer und Heizer zur Erlangung höherer Löhne in den Ausstand getreten sind. Auf den Kaiser in Jersey-City lagern große Mengen von Frachtmaltern, die nach der Manhattan-Insel verladen werden sollen. Von dem Ausstand werden fast alle Eisenbahnen betroffen. —

Wegen Nichtbeteiligung an der Walfister trotz gegenteiligen Beschlusses der betreffenden Werkstätten spricht der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Klage gegen 150 seiner Berliner Mitglieder aus. Unter den dergestalt Gerügten befinden sich Metallarbeiter aller Branchen und auch eine größere Zahl von Arbeiterinnen, die, wie ihre männlichen Kollegen, trotz der gegenteiligen Versammlungsbeschlüsse am 1. Mai gearbeitet haben. Von Seiten der Ortsverwaltung war der Ausschluß dieser Elemente beantragt worden. Der Verbandsvorstand konnte sich aber, wie er betont, zu dieser Maßregel nicht entschließen, weil 1. die Anwendung der schärfsten Mittel wegen solcher Zuwidergehungen von der Generalversammlung in Leipzig selbst nicht in Aussicht genommen wurde; 2. keinem dieser Mitglieder eine bewusste Schädigung der Verbandsinteressen nachgewiesen ist, sich die beteiligten Mitglieder vielmehr, weil die Generalversammlung in Leipzig die Frage offen gelassen hat, in Zweifel über die Folgen ihrer Handlungsweise sein konnten. Nichtsdestoweniger erklärt der Vorstand in der Nichtbeachtung von solchen Versammlungsbeschlüssen eine Disziplinwidrigkeit, die unbedingt eine Klage verdient. —

1. Ich hau' Ihnen die Hand ab! scheint jetzt das Feldgeschrei und der Schlachtruf der Polizeibeamten zu sein, wenn es gegen den „Feind“, gegen das Publikum geht, um die „Ordnung wiederherzustellen“. In Nürnberg kann man diesen Schlachtruf seit 14 Tagen fast jeden Abend hören, wenn topflose, auf Streikposten Jagd machende Schulgelenke an der Arbeit sind, das Publikum auseinander zu jagen, das gekommen ist, um den Helikonten der Polizeimenschen zu Fuß und zu Pferd zuzusehen. Die Fremden, die nach Nürnberg zur Ausstellung kommen, wissen manchmal nicht, ob sie sich im Reichsstaat Deutschland oder in Rußland befinden. —

Das neue englische Gewerkschaftsrecht. Der Gesetzentwurf über die Arbeitsverhältnisse, der in der Hauptache die Haftbarkeit der Gewerkschaften bei Ausständen feststellen soll, ist nun dahin gekommen, daß die Einzelberatung im Ausschuss des ganzen Hauses vollendet ist und die zweite Abstimmlung bevorsteht. Da sich das Haus vertagt hat, wird diese aber erst im Oktober oder November vorgenommen werden. Unter gewöhnlichen Umständen wird ein Entwurf in der Jagung, die er bis dahin erhalten hat, Gesetz. Es kann jedoch bei einer soviel umstrittenen Frage noch zu Änderungen kommen. Der Entwurf gestattet das Streikpostensetzen auf Veranlassung eines Gewerkschafters oder durch Personen, die aus eigenem Antrieb zum Zweck der Förderung einer Arbeitsfreiheit handeln. Die einzige Einschränkung geht dahin, daß das Vorgehen friedlich und vernünftig sein muß und dahin zielt, mit jemand, den man heranziehen will, zu arbeiten oder der Arbeit fern zu bleiben, in Verbindung zu kommen oder Erklärungen von ihm zu erhalten. Es ist nicht notwendig, daß derjenige, an den man sich wendet, bereit ist, Mitteilungen zu machen oder zu empfangen. Der Beauftragte kann vom frühen Morgen bis zum späten Abend, sagt die arbeitereindeutliche „Times“ hingun, durch eine Person oder durch eine beliebige Anzahl von Personen verfolgt werden, die ihm irgend etwas wiederholen, was sie für eine „Mitteilung“ halten, und das kann so lange dauern, wie sie vorgehen, im Hinblick auf die Förderung einer Arbeitsfreiheit zu handeln, mit oder ohne Auftrag von einem Gewerkschweren. Dazu wollte Sir Charles Dilke am vorigen Freitag noch einen besonderen Zusatz durchbringen, um das Streikpostensetzen außerhalb des Bereichs des Gesetzes über die Verkehrsbehinderung zu stellen. Die Regierung blieb gegen diesen Antrag fest, wurde aber nur durch die Zurückweisung eines Teiles der Opposition vor einer Niederlage bewahrt; ihre Mehrheit betrug immerhin nur fünf Stimmen.

Eine weitere Bestimmung geht dahin, die Einmischung in das Gewerbe, Geschäft oder die Beschäftigung eines Dritten oder in sein Recht über sein Kapital oder seine Arbeit nach Gutdünken zu verhindern, kann nicht als Schädigung gerichtlich verfolgt werden, solange es im Hinblick auf die Förderung einer Arbeitsfreiheit geschieht. Nicht nur ein Gewerkschwerer, sondern auch jede einzelne Person, die diesen Grund zu ihrem Vorgehen borgt, darf also in die Rechte eines Dritten eingreifen und erhält dafür volle Straffreiheit zugesichert. In diesen beiden Bestimmungen liegt ein besonderes Verdienst für einzelne Personen im Unterschied zu den Gewerkschweren und ihren ordentlichen Vertretern, für die Belästigung und Verfolgung jedes andern, wenn es sich nur um die Förderung einer Arbeitsfreiheit handelt, und der Schutz nicht auch dann geschützt, wenn weiter der Angreifer noch der Verfolgung mit der Sache unmittelbar zu tun haben.

Dann wird verhängt, daß kein Prozeß gegen einen Gewerkschweren oder dessen Mitglieder anhängig gemacht werden soll, um von ihm oder dessen Mitgliedern Schadenersatz für eine schädigende Handlung zu erwirken, die dem Vorgehen eines Gewerkschweren oder einem Vorgehen in dessen Auftrag geschrieben wird. Es wird ausdrücklich bestimmt, daß diese Bestimmung von dem gemeinen Recht auch für die Gewerkschweren von Unternehmern gelten soll, während in den jüngsten Teilen des Entwurfs von ihnen keine Rede ist. Der Oppositionsführer J. A. Balfour machte auf diese unrichtige Behandlung der Unternehmer und Arbeiter aufmerksam und wies darauf hin, daß angesichts der allgemeinen Unternehmerrückständigkeit, die das Gesetz schaffen würde, ein engerer Zusammenhang der Unternehmer zur Verteidigung ihrer Interessen unumstößlich sei. Auch machte er geltend, daß den freitenden Verbänden die Möglichkeit gegeben werde, einen Kriegszustand zu verhängen, der die bürgerlichen Rechte des ganzen Gemeinwesens in Gefahr bringen könnte. Aber das Unterhaus blieb doch bei seiner Auffassung. Das Oberhaus wird aber natürlich das Gesetz geherig beschließen, wenn die Regierung sich nicht ganz energisch zur Wehr setzt. —

15te Centralversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Preussens.

B. Leipzig, 8. August. In des Reichs des Genossen Weh über die Grenzpreisigkeiten schloß sich eine eingehende Debatte, an der sich 8 Redner beteiligten. Dabei regnete es Einwürfe gegen die Forderungen Wehs sowohl als auch zur Stellung des Verbandes in seiner Zustimmung zu der Grenzpreisigkeitsentscheidung bei der Verhandlung in Berlin und dem Kartellvertrag mit dem Bauarbeiterverband. Ferner wurde eine Inneahme von Verantwortlichkeit mit andern Verbänden angefordert. Man hob besonders hervor, daß es bei den Mitgliedern auf große Schwierigkeiten stehen würde, wenn sie zu andern Organisationen überzutreten wollten. Und zwar deshalb, weil viele große Verbände zu hohe Beiträge fordern und nicht durch Beiträge den Arbeitern mit niedrigen Einkommen möglich machen, in die großen Organisationsmassen einzutreten. Dagegen betonen andere Redner, daß es ihnen sehr wohl gelungen ist, durch lokale Abmachungen mit den Organisationsmassen alle Grenzpreisigkeiten zu vermeiden.

In seinem Schlußwort führte Weh aus: Er gebe zu, daß in den von Vorstand empfohlenen Anträgen nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Aber die Lösung der Grenzpreisigkeiten ist noch im Stadium der Entwicklung, und deshalb habe der Vorstand nur das Mögliche und Erreichbare vorgeschlagen. Der Vorschlag, der in der Diskussion gemacht wurde, einen allgemeinen Verband ungelerner Arbeiter zu gründen, ist eine gewerkschaftliche Utopie. Eine Teilung der Arbeiter in Organisationen in Gelante und Ungelante ist unbenkbar. Denn auch die Unternehmer schaffen Zunftverbände. Ferner geht es doch wirklich nicht, in unsre Organisation alle diejenigen aufzunehmen, die nur deshalb ihrer Organisation den Rücken kehren, weil dort zu hohe Beiträge gefordert werden. Mit dem Mittel allein, das uns für alle Arbeiter erfüllt, können wir noch keine Kämpfe führen in einer Zeit, die nur von Kampf erfüllt ist. Wir müssen unsre Mitglieder mit Idealismus erfüllen, sie dazu erziehen, daß sie auch größere Opfer bringen lernen. In der Abstimmung wird zugestimmt: 1. den Beschlüssen der Vorstandskonferenz zur Vermeidung von Grenzpreisigkeiten, 2. dem Kartellvertrag zwischen den Verbänden der Bauhilfsarbeiter und Fabrikarbeiter, 3. den Beschlüssen der Zieglerkongressen in Magdeburg, 4. dem Antrag des Vorstandes, wonach in Zukunft folgende Betriebe für die Fabrikarbeiterorganisation zur Bearbeitung in Betracht kommen: die Ziegler-, chemische, Papiermacher-, Zucker- und Molkerei-Berufs-genossenschaft.

Sodann gab die Genossin Ziegler-Hamburg den Bericht der Siebenekkommission, der sämtliche Anträge, die sich auf die Gauseinzelnen beziehen, zur Vorberatung überwiesen waren. Der Vorschlag der Kommission, für Schlesien einen besonderen Gauseiter anzustellen, wurde angenommen. Der Antrag der Zahlstelle Nr. 1: „Der Verbandsvorstand wird beauftragt, für den südlichen Teil der Provinz Hannover und den nördlichen Teil der Provinz Hessen-Nassau einen Verbandsbeamten mit dem Sitz in Paderborn anzustellen.“ wurde dem Vorstande überwiesen.

Ein Antrag der Zahlstelle von Frankfurt a. M., den Sitz des Gauseiters von Offenbach nach Frankfurt zu verlegen, wurde abgelehnt und dafür folgender Antrag der Kommission angenommen: Den Sitz des Gauseiters bestimmt der Vorstand. Soll der Sitz geändert werden, so hat die Gauseiterkonferenz diesbezügliche Anträge zu stellen und der Vorstand über diese Anträge zu entscheiden. Alle übrigen Anträge, die sich auf die Verkleinerung der Gause beziehen, wurden abgelehnt.

Hierauf kam der nächste Punkt der Tagesordnung: Statutenberatung, zur Verhandlung. Hierzu lagen 28 Anträge vor. Von einer allgemeinen Diskussion wurde auf Vorschlag Wehs abgesehen. Angenommen wurden folgende Anträge: Zu § 2, Absatz g: Rechtschuß wird gewährt nach einer Karenzzeit von 26 Wochen und Leistung von 26 Beiträgen.

Zu § 6, Absatz 1: Jedes einsetzende Mitglied hat 50 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten; Quittungsbücher, die zu gleicher Zeit als Mitgliedslegitimation dienen, liefert der Verband mit einem Unschuß und bleiben Verbandsbesitz.

Ein von der Zahlstelle Braunschweig eingebrachter Antrag: „Persönliche Streitigkeiten dürfen in Mitgliederbesammlungen nicht zum Austrag gebracht werden. In den Zahlstellen sind Schiedsgerichte zu bilden. Die freien Parteien haben je zwei Mitglieder für ein dreierartiges Schiedsgericht zu ernennen und die Ortsverwaltung hat einen unparteiischen Mann zu bestimmen. Die Schiedsgerichtsgerichte sind bindend und werden in den Mitgliederbesammlungen bekannt gegeben — dürfen aber nicht diskutiert werden. Nichtbeachtung der Schiedsgerichtsgerichte hat Ausschluß aus dem Verbandszugefolge,“ wurde nach längerer Debatte dem Vorstande überwiesen und soll in geeigneter Form und an geeigneter Stelle im Statut oder der Geschäftsordnung Aufnahme finden.

Die Weiterberatung wurde vertagt. —

Provinz und Umgegend.

Burg, 10. August. (Erwiderung.) Der von dem Genossen Eide im Auftrag der freien Gast- und Schankwirte in der Nr. 183 der „Volkstimme“ veröffentlichte Artikel enthält eine Anzahl unrichtiger Tatsachen und Schlußfolgerungen. Schon in einer früheren Versammlung haben die Arbeiter Würg beschlossen, sich gegen eine Verteuerung des Biers zu wehren. Da nun eine große Anzahl von Biervertriebsstätten vertraglich gebunden ist, für die Brauereien Bier zu verkaufen, blieb ihnen nichts weiter übrig, als den Verkaufspreis des Biers zu erhöhen, um so gemeinsam mit der Arbeiterpartei die Preisverböschung abzuwenden und das geschieht eben dadurch, daß Bier aus den an Orte befindlichen Brauereien nicht getrunken wird, ebenso Erfrischungsgetränke, die dort hergestellt werden. Wie sehr die freien Gast- und Schankwirte mit der Arbeiterpartei an einem Strang ziehen, ergibt sich daraus, daß der Genosse Eide in der Versammlung am 6. August, deren Beschlüsse von ihm kritisiert werden, anwesend war, ohne seine Stellung zu präzisieren. Nicht eine Stimme hat sich gegen die geplante Abwehrmaßregel erhoben. Der im Artikel des Genossen Eide gemachte Vorschlag, einen der Brauereibesitzer herauszugreifen und ihm besonders die Macht der geeinten Arbeiterpartei zu zeigen, ist nicht gangbar, weil die Brauereibesitzer zum Zweck der gegenseitigen Schadloshaltung bei Streiks und Wohlthaten koalieren sind. Das hätten die Herren also sehr lange ausgehalten. Dem Genossen Eide war es vorbehalten, durch die Schulzungen seines Artikels, darum bestrebt zu sein, Biergenuß bei den freien Gastwirten, wo nach wie vor das Bier für 20 Pfg. geliefert wird.“ Der Versuch zu wagen, die in dieser Frage glänzend bewiesene Einigkeit der Burger Arbeiterpartei zu sprengen. Dieser Versuch gilt jetzt schon als gescheitert, denn auch in Burg ist das Massenbewußtsein so weit entwickelt, daß geschäftliche Interessen, und wären sie auch die eines Genossen, nicht mehr Rücksicht der Partei sein können. Und noch ist keine Existenz ruiniert, überall werden anstatt des Biers Erfrischungsgetränke, die nicht in hiesigen Brauereien hergestellt sind, genutzt und der Verdienst der Gastwirte an diesen Getränken ist keineswegs geringer als am Bier. Der Genosse Eide hat im Laufe des Tages vorläufig seiner Feder freien Lauf gelassen, während ihm am Abend die Arbeiter durch den Konsum von 955 Flaschen Erfrischungsgetränke bei einem Theaterabend außer den Spirituosen und Simonsden den bereits entgangenen gelaudten Verdienst zutragen. Auch bei den bereits geplanten Gewerkschaftsübergangsungen sind Abmachungen getroffen, die den Wirten — mitunter sogar auf Kosten der Organisationsmassen — den bisherigen Verdienst sichern. Der disziplinwidrige Seitenstreich, den uns der Genosse Eide in der Donnerstag-Nummer beisteht, ist also völlig unbegründet und zwecklos. Die Burger Arbeiterpartei wird diesen ungeduldet den begonnenen Kampf mit fester Energie und auch humorvoller Entschlossenheit zu Ende führen. Die Parteiteilung. J. A.: G. Stolberg.

(Stößenler.) Das „Lageblatt“ als Sprachrohr der Unternehmer jeder Art entzückt sich in einer Notiz über die Unzulänglichkeiten der — Minutenarbeiter, die auf das von einem Drechsmachinensetzer erfolgte Engagement ein Zustieg im voraus bekommen hatten, an dem Tag aber nicht zur Arbeit erschienen waren. „Schlimm“, meint das Blatt zum Schluß, „ist also derjenige dran, der auf solche Hülfskräfte angewiesen ist.“ Wir möchten einmal auf die Ursachen hinweisen, weshalb die Unternehmer solche Hülfskräfte einstellen müssen. Zur Zeit der Rogenernte wird man vor den Toren unserer Stadt durch ein monotones Getöse darauf aufmerksam, daß auf verschiedenen Adressen Drechsmachinen in Tätigkeit sind. Die an und für sich nicht leichte Arbeit wird in der größten Sonnenhitze und bei nicht geringem Stand von Männern und Frauen ausgeführt. — Saisonarbeit. Die Arbeitszeit ist während dieser Zeit eine fast unbegrenzte: morgens früh von 5 Uhr an bis abends wenn es dunkel wird. Nur kurze Pausen zum Einschnämen der Maschienen. Und wie ist die Entlohnung? Im allgemeinen 30 Pf. für die Stunde. Viel zu niedrig, wenn man bedenkt, wie die Leute

Magdeburg, 9 August. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Rilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen ruhig, englischer gut 166-170, do. ausländischer gut 189-194. Roggen ruhig, inländischer gut 146-150. Gerste unbestimmt, hiesige Chevaliergerste gut 155-165, mittel 145-154, hiesige Landgerste gut 140-150, hiesige Wintergerste, ausländische Futtergerste gut 118-120. Hafer ruhig, inländischer neuer gut 150-153, ausländischer. Mais unverändert, runder gut 132-134, amerikanischer runder gut.

Wasserstände.

Table with columns for river names (e.g., Jungsungau, Elber, Eger, Moldau), dates (e.g., 7. August, 8. August), and water levels. Includes sub-tables for 'Huffert und Saale' and 'Milde'.

Die Kunde was in den Wein getan haben. My Seel, Du hast recht, der Ober hat was in sich gesteckt, daß wir die Welt verpfeife, meine einer, Ma wart, alter Freund, Du berpfeift doch, Bemierke det andere, wir ziehe einfach d' Hofe aus und mache mittererch. Jammol, jell mache wir, dr Berliner muß nimmer h'mag' god, Wie's will, so wurde einstimmig beschloffen. Und ohne Hofe mächten de Fünf bis dreiviertel sieben Uhr dann gehen die 50 Mr. abgehauen. Als der Nachbar um 7 Uhr erwachte, sah er die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, die hundert Mark verpfeift und das Zeugnis so voll Menschlichkeit, daß es unbrauchbar war. Er mußte trotz aller Gegenwehr zahlen und jetzt sagten die andern: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten!“

Gingefandt.

Die Arbeiter und die Stenographie. Wenn nicht in dem Bericht über die letzte Kartellführung die Frage betr. Kursus für Stenographie schon stichig machte, so erweckt es in mir außerordentliches Interesse, wenn ich in der letzten Nummer der „Volkstimm“ lese: Das Gewerkschaftskartell hat für den 4. September den Beginn eines Kursus für Stenographie in Aussicht genommen. Zunächst muß festgestellt werden, daß ein formeller Beschluß der letzten Kartellversammlung in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden ist, vielmehr es jedem Interessenten überlassen wurde, an besagtem Kursus teilzunehmen oder nicht. Doch darauf kommt es auch weniger an, die Hauptsache ist, daß, wenn etwas im Interesse der Arbeiterchaft getan wird, es auch zweckmäßig ist; und eben die Zweckmäßigkeit dieses Beginns wage ich zu bezweifeln. Warum? Stenographie ist ein Kurzschrift-System, das infolge seiner Komplikation und Schwierigkeit der arbeitenden Hand niemals geläufig und für den praktischen Gebrauch anwendbar werden wird. Stenographie ist eine Zusammenziehung aus verschiedenen andern Systemen, lediglich zu dem Zweck erfunden, den betr. Erfindern materielle Vorteile zu schaffen, ungeachtet der praktischen Bedeutung der Schrift. Im Handel und gewerblichen Leben spielt die Stenographie, eben ihrer Unbrauchbarkeit wegen, so gut wie gar keine Rolle. Es darf nun wohl angenommen werden, daß dem Vorstand des Kartells alles dieses unbekannt war, als er die Kartellgenossen zur Teilnahme an besagtem Kursus aufforderte. Es darf ferner angenommen werden, und das ist bedauerlich, daß dem Kartellvorstand die Existenz des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes unbekannt war, daß er ferner keine Kenntnis davon hatte, daß das von letzterem gepflegte System (System Krensch, Vereinfachung v. 1898) infolge seiner leichten Schreibweise und

größeren Anschaulichkeit als Krensch-System einzig und allein in Betracht kommen kann. Als Mitglied des D. A.-St.-B. erlaube ich mir daher in dieser Frage einige Aufklärung zu geben. Der im Jahre 1896 von Arbeitern und Kennern der verschiedenen Systeme ins Leben gerufene D. A.-St.-B. macht es sich zur Aufgabe, das Krensch'sche System infolge seiner vorzüglichen Eigenschaften als Bildungs-mittel unter die Massenbewußte Arbeiterchaft zu tragen. Der Bund hat in vielen deutschen Städten Mitgliedschaften, und über ganz Deutschland verbreitet sich schon die Zahl seiner Anhänger, die alle das gleiche Ziel verfolgen und bei praktischer Anwendung der Krensch'schen Volksturzschriß in der Arbeiterbewegung dieses als einzig für die Arbeiterchaft in Betracht kommendes System erkannt haben. Der D. A.-St.-B. macht es sich zur Aufgabe, auch wirkliche Stenographen heranzubilden, nicht kommt es ihm darauf an, möglichst viel Lehrmittel abzugeben. Und zur Ausbildung zum praktischen Stenographen gehört mehr als die Beteiligung an einem Kursus für 1,50 Mark, das wird mir auch der Leiter des in Aussicht genommenen Kursus bestätigen müssen. Zur weiteren Ausbildung gehört tüchtig üben im Schreiben und Lesen, gehört eine freie Korrespondenz zwischen den Schrift- und Lesern, gehört in der ersten Zeit eines dem Denken der Arbeiterchaft entsprechenden in Stenographie gehaltenen Organes. Alle diese Momente können aber nur durch den Zusammenschluß aller gleichzeitig Beteiligten, in diesem Falle durch den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden D. A.-St.-B. und sein von ihm vertretenes System, berücksichtigt werden. Neben sich für Stenographie interessierenden Arbeiter auf den richtigen Weg zu weisen, soll Zweck dieser Zeilen sein. Jede nähere Auskunft betr. Unterrichtsbedingungen erteilt gern die Geschäftsstelle 2. Flak, Frankfurt a. M., Graubengasse 35, und hier am Orte 2. Ellenburg, Ottenbergstraße 23, 1. W. Loserei, Leipzigerstraße 28, G. 1, und der Einjender dieses: Dr. Mikkat, Budau, Langlerstraße 13.

Briefkasten.

J. M. Schnebeck. Genau läßt sich das nicht sagen, da noch Nebenbezüge, wie Wohnungsgeld u. dergl., hinzukommen. Rentnant: monatlich 75-99 Mark; Oberrentnant: 90-105 Mark; Hauptmann: 180-325 Mark; Major und Oberstleutnant: 450-475 Mark; Oberst: 650 Mark; General: 1000 Mark. W. 100. Kein, ein Rezept zur Herstellung von Fliegenleim haben wir auch nicht. Wenden Sie sich an eine Drogerie oder Apotheke. Burg. Wenn Sie entsprechende Steuern zahlen, müssen Sie auch das Bürgerrecht erwerben, auch wenn Sie manifestiert haben, es sei denn Sie sind in Konkurs geraten.

Large advertisement for 'Heute enorm billige Preise!' (Today enormous cheap prices!) for 'Herren- u. Knaben-Garderobe u. Schuhwaren' (Men's and boys' clothing and shoes). Location: Kaufhaus Max Zehden, 50 Jakobstraße 50. Includes text: 'Größtes Spezialgeschäft Magdeburgs für komplette Herren- und Knaben-Garderobe, Schuhwaren, Hüte, Wäsche etc.'

Advertisement for 'Allen Qualitäts-Rauchern' (All quality smokers) by Paul Meissner & Co. Features 'Blatzer No. 11' cigars. Text: 'empfehlen wir unsere berühmte Pflauser No. 11, kräftige, kernige Qualitäts-Zigarre, aus den edelsten ausländischen Tabaken gefertigt, vorzuziehen bis dunkle Farbe. Vorzüglich in Geschmack und Brand. Machen Sie einen Versuch, schon vom Dutzend ab Fabrik-Mille-Preis. No. 11 kostet à St. 6 Pf., Dtzd. 50 Pf., 100 Stk. in Papier-Pack Mk 4.-, Mille 40.-, Kist. (100 Stk.) Mk 4.12, 1/2 Kistch. 20 Stk. 1.50. Rauchtabelle: Meissner-Tabak, mild und gut, in 1/2 Pfund-Tüten à 10 Pf., Zigaretten-Abfall 1 Pfund 60 Pf., Pastoren-Tabak 1 Pfid. 30 Pf., Mischungen bis zu 2 Mk. pro Pfid. Hauptgeschäft: Schrottorferstraße 11. 2. Geschäft: Bräutigamstraße 23, nahe am Hasselbachplatz. 3. Geschäft: Seidenberg, Halberstädterstraße 17. Man verlange.

Advertisements for mechanical and household items. 'Trotzdem ich auf Teilzahlung verkaufe...' (Despite that I sell on installment...). 'Uhrenhandlung' (Watch shop) by G. Neustadt, Nikolaistraße 4, Sudenburg. 'Leihhaus' (Loan shop) by Gustav Geissner, Weinstraße 3a, 1. Trepp. 'Neue und gebrauchte Nähmaschinen' (New and used sewing machines) advertisement.

Advertisements for bicycles and hats. 'Große Partie gebrauchter Herren- und Damenfahrräder' (Large quantity of used men's and women's bicycles). 'A. Rose, Magdeburg, Breitweg 261'. 'Trauer-Hüte' (Mourning hats) by Lange & Münzer, 51a Bräutigamweg 51a.

Advertisements for 'Standesamt' (Municipal Office) and various public notices. 'Magdeburg-Misstadt, 8. August. Aufgebote: Schuhm. Ernst Jerich in Zernersleben mit Marie Zhenker hier. Kaufm. Beamter Paul Reichert mit Elise Hennig. Arbeiter Ferdinand Behne mit Minna Schmidt. Arbeiter Ernst Worchert mit Elvira Schramm. Landwirt Hans Adolf Fritz Förster hier mit Anna Margareta Elsa Hübel in Dresden. Ingen. Joh. Kühn mit Anna Dehmann. Handelsmann Friedrich Göge mit Witwe Luise Dietrich geb. Busse. Kaufm. Ewald Berlin mit Anna Venneckenstein hier. Som 9. August. Aufgebote: Panist Fritz Gerlich hier mit Martha Brendel in Dresden. Eisen.-Arb. Emalch Bils mit Martha Niehmler. Kaufmann Karl Heinrich Paul Ahrendt hier mit Hedwig Emilie Agnes Harenbarsch in Briesen. Arbeiter Franz Müller mit Antonie Trostly geb. Jäbide in Göthen. Lagerist Paul Raack mit Margareta Bejede. Bauarb. Franz Weber mit Emma Wille. Post-Inspektor Otto Hübler in Berlin mit Katharina Goeckel hier. Post-Assistent Wilh. Hille in Döherstedern mit Margareta Habestock hier. Eheschließungen: Eisenb.-Zugführer a. D. Rud. Dreber mit Elisabeth Schulz geb. Kneisch. Ingenieur Joh. Petin mit Elisabeth Franke. Rentnant Paul Scheller mit Olga Gregoire. Former Gust. Ebeling mit Luise Rahel. Monteur Emil Becker mit Theresie Hent. Geburten: Fris. S. des Kaufm. Franz Müller. Elisabeth. E. des Feuerzettel-Assistenten Rud. E. des Lippert Frz. E. des Schlossers Paul Kaschmann. Elisabeth. E. des Schlossers Fritz Kaiser. Käthe. E. des Bisfeldwebels Gustav Hoffmann. Helmut. S. des Feldwebels Hermann Luther. Käthe. E. des Schlossers Ernst Schlawelcher. Willi. E. des Schuhmachers Karl Schmidt. Käthe. E. u. unehel. 6 Mr. Hans. E. des Reichardt geb. Lude. 72 J. 7 Mr. 11 E. Witwe Katharina Biejenhals. E. des Arz. Friedrich Rieg. 27 E. Aufgebote: Betriebs-Inspektor Gustav Ebert mit Marie Schöne. Geburten: Wilh. Bernau. Hanni. E. unehel. Erna. E. des Fabrikarb. Karl Plume. Gerhard. S. des Arz. Gustav Vertran. Hans. S. des Vorarbeiters Ernst Beer. Todesfälle: Charlotte. E. des Gasmeisters Karl Stoger. 7 Mr. Käthe. E. unehel. 8 Mr. Charlotte. E. unehel. 6 Mr. Hans. E. des Bauarb. Ernst Beer. 4 Stb. Anna. E. des Arz. Friedrich Rieg. 27 E.

arbeiten müssen. Aber das sehen die betreffenden Unternehmer gar nicht, die für eine Stunde Tätigkeit ihrer Maschine 10-12 Mark erhalten. Ein hartes Stück ist es denn aber doch, wenn sich einer der Unternehmer erlaubt, den Leuten noch weniger pro Stunde anzubieten und sie gehen läßt, wenn sie nicht einwilligen. Da ist es denn kein Wunder, daß dieser Unternehmer - E. Schulze heißt er, seine Maschine hat er in der Feldstraße aufgestellt - zuletzt keine Leute mehr bekommt, sondern sich - Soldaten geholt hat. Wir wissen ja nicht, ob das vom Kommando angeordnet wurde. Aber dieser Fall zeigt zur Genüge, wie es kommt, daß die Unternehmer auf „Hilfskräfte“ angewiesen sind, auf die kein Verlaß ist. Würden sie einigermaßen anständige Löhne zahlen, so hätten sie Arbeiter, auf die sie sich verlassen können. Aber nur um mehr Profit herauszuschlagen werden die Löhne gedrückt, die Folge davon ist, daß sie keine Arbeiter bekommen. Schlimm genug, daß auch Soldaten so in den Unternehmen noch Dienste leisten müssen, die sich nicht schämen, Renten noch nicht einmal 30 Pf. pro Stunde zu geben. Man kann ja vom „Lageblatt“ eine solche Feststellung der Tatsachen nicht verlangen. Als Unternehmerblatt muß es eben auf die Arbeiter schlecht zu sprechen sein und solche Stoffe zum Heichen seines Mitempfindens für den Unternehmer vom Stapel lassen.

Burg, 10. August. (Unfall.) Der rechte Arm vollständig zerfleischt wurde in der hiesigen Tuchfabrik von Steinle, Herberstraße, der dort an der Krenpelmaschine beschäftigten Frau Käthe. Infolge der schweren Verletzung machte sie ihre Ueberführung in das hiesige Krankenhaus notwendig.

Genßin, 10. August. (In unfern kädtischen Waldungen) tritt die Plage, dieser Waldschädling, in großen Massen auf. Da ist es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt erstrecklich, wenn man diesen Verwüster energisch zu Leibe geht. Doch die Art und Weise, wie man die Arbeiter dazu befragt, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Man hat seitens der Schulverwaltung bei der Regierung den Antrag gestellt, dazu die Kinder vom Unterricht zu dispensieren, was auch bewilligt wurde. Es müssen jetzt nun circa 100 Kinder in aller Frühe aus dem Schlafe gestört werden, da sie schon um 5 1/2 Uhr, zum Teil auch etwas später, die elterliche Wohnung verlassen müssen, um zur rechten Zeit zur Stelle zu sein. Dort werden dann mit Stangen die Schmettlinge von den Zweigen der Bäume heruntergeschlagen und vernichtet. Diese Arbeit dauert dann mit kurzer Unterbrechung bis 11 Uhr, so daß die Kinder um 12 Uhr, zum Teil auch später, zu Hause kommen, um dann nachmittags am Unterricht teilzunehmen. Für diese Arbeit sind pro Tag ganze 40 Pf. in Aussicht gestellt. Eine Stadtverwaltung sollte es unterlassen, aus der Kinderarbeit Nutzen zu ziehen, sie kann mehr Geld ausgeben und erwachsene Arbeiter bei dieser genüß anstrengenden Arbeit beschäftigen, die Arbeitsgabe wäre nicht zum Friseur hinausgeworfen. Bedauerlich, aber begreiflich ist es, wenn Eltern ihre Kinder dazu hergeben; bei dem zum Teil jammervollen Verdienst des größten Teils der Arbeiterschaft muß aber jede Gelegenheit, etwas mehr zu verdienen, benutzt werden, sei es selbst mit Hilfe der Kinder. Trotzdem wäre das unbedingte Verbot jeder Kinderarbeit zu fordern.

Salberstadt, 10. August. (Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Genosse Hoffmann erstattete den Klassenbericht vom 1. Juli 1905 bis 1. Juli 1906. Danach belaufen sich die Einnahmen auf 4715,75 Mark, die Ausgaben auf 3079,07 Mark, somit ist ein Ueberschuß von 1636,68 Mark vorhanden. Die Mitgliederzahl beträgt 828. Genosse Dr. Crohn ist mit der geringen Mitgliederzahl nicht zufrieden. Gerade die Halberstädter Arbeiter seien in Anbetracht der Wählerzahl viel zu wenig politisch organisiert. Hierin müßten noch wesentliche Verbesserungen getroffen werden. Der Punkt „Stellungnahme zur Generalversammlung“ wurde nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden bald erledigt. Als Delegierte zu derselben wurden gewählt die Genossen August Winter, Max Bollmann, Karl Schönfeld, Otto Steyer, Wilhelm Heller, Emil Müller, Paul Körich, Adolf Hausmann, Paul Hoffmann und August Albert. Im „Verschiedenen“ wurde der gegenwärtige Bierpreis behandelt. Die Versammlung ist mit den Ausführungen der Genossen Hoffmann und Dr. Crohn einverstanden. Eine besondere Aktion soll nicht eingeleitet werden. Unstre Parteimitglieder erklärten, eine Verteilung des Bieres nicht vornehmen zu

wollen. Demzufolge erübrigt sich auch irgendwelche Stellungnahme in dieser Frage. Nachdem noch die Stadtverordnetenwahl besprochen wurde, fand Schluß der Versammlung statt.

(Ein graufiger Fund.) In einem Strohdien an der Kuh-Chauffee wurde am Donnerstag eine fast vollständig verweste männliche Leiche gefunden. Neben derselben lagen ein Paar Stiefel und eine Tasche. Irrendeliche Erkennungszeichen sind außer einem schwarzen Anzug, mit dem die Leiche bekleidet war, wohl nicht mehr vorhanden. Der Staatsanwalt wurde sofort Mitteilung gemacht, worauf sie auch bald an Ort und Stelle erschien. Die eingeleitete Untersuchung wird vielleicht noch nähere Aufklärung ergeben.

Osterleben, 10. August. (Differenzen in der Brauerei Storchshöhe.) Seit langer Zeit ist der Betriebsleitung dieser Brauerei die Organisation der Brauereiarbeiter ein Dorn im Auge. In wiederholten Maleen hat sie versucht, die ihr mißliebigen Verbandsmitglieder loszuwerden, bisher aber immer ohne Erfolg. In den letzten zwei Jahren war nun immerhin eine leidliche Ruhe zu verzeichnen, so daß die Arbeiter glaubten, der Widerstand gegen die Organisationsbestrebungen wäre als nutzlos aufgegeben worden. Da hielt aus dem Bande des Oshentopfes ein neuer Braumeister seinen Einzug auf Storchshöhe und von Stunde an ist das friedliche Verhältnis zum Teufel. Unzweifelhaft hat der neue Mann die Wahrheit des Sprichwortes „Neue Wesen lehren gut“ zu beweisen. Er hat die Antipathie der Dirsaktion begriffen und weiß nun, was seines Amtes ist. Auf die Lösung neuer Probleme im Braugewerbe zu sinnen, wäre sicher ersprißlicher. Jeder noch so geringfügige Anlaß wird benutzt, einen Vorstoß gegen die „Subordination“ zu konstatieren. So wurde der Genosse W., als er eine andre als die lang gewohnte tägliche Arbeit verrichten sollte und nun meinte, er könne doch die angefangene Arbeit nicht liegen lassen und davonlaufen, einfach ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auf das Straußensplatzes verworfen. In der Sache scheint System zu liegen, es ist klar, worauf man hinaus will. Hatte sich doch der neue Herr beim Antritt gleich gut eingeführt, indem er zu den Arbeitern sagte: „Laßt Euch man mit Eurem Verbands aufhängen.“ Der Verband der Brauereiarbeiter hat nun beschloffen, den hingeworfenen Fehlbefehl aufzunehmen, da die wiederholten Verneinungsverfuche an der Starrköpfigkeit der Betriebsleitung gescheitert sind. Wenn nun die äußersten Mittel, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, in dem Kampfe um die Abschaffung der Mißstände und Sicherung der Koalitionsfreiheit, der Brauerei Storchshöhe gegenüber angewandt werden, so trifft einzig und allein die ganze Schuld die maßgebenden Personen in der Brauereileitung. Der Verband hat den Bierbock über Storchshöhe verhängt, die Arbeiter wissen nun, was sie zu tun haben.

Salzweber, 10. August. (Von der Rot der Landwirtschaft.) Eine Wette kam am letzten Montag in einem hiesigen Restaurant zum Austrag. Das Gespräch kam auf die Schwere der Pferde zweier anwesenden Landwirte, ein jeder behauptete, daß sein Pferd das schwerste sei. Es kam zu einer Wette unter der Bedingung, daß der Besitzer des leichteren Pferdes für jedes Pfund, was an dem andern fehlte, 1 Mark zahle. Der eventuelle Betrag sollte von keinem der Beteiligten eingezogen, sondern sofort „verkleinert“ werden. Die Pferde wurden gewogen und stellte sich eine Differenz von 110 Pfund heraus. Das schwerste Pferd wog 14 Zentner 10 Pfund, das andre 13 Zentner. Der Verlierer der Wette hatte somit 110 Mark Kaugeld zu zahlen. Schweren Kopfes gingen die Teilnehmer von dem Gelage abends ihrer Heimat zu. Die Krachte dieses Herrn sollten es aber wagen, pro Woche auch nur 50 Pfennig mehr zu verlangen, sie kämen schon an.

Stendal, 10. August. (Achtung! Die Generalversammlung) unfres Kreises findet am 12. August nicht statt, sondern erst am 26. August oder 2. September. Näheres hierüber wird noch bekannt gegeben.

Vereine und Versammlungen.

Maler. In einer zweiten öffentlichen Versammlung am 8. August im „Dreilasserdun“ beschäftigte man sich mit der Aussperrung der hiesigen Maler. Klaus referierte über die Entstehung und den Verlauf derselben und machte darauf aufmerksam, wie die Arbeitgeber sich mehr und mehr zusammenschließen und daß, wenn die Arbeiter nicht an den Ausbau ihrer Organisation denken, sie willenlos der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert sind. Sämtliche Redner sprachen sich in dieser Weise aus und appellierten auch an die Frauen, nicht teilnahmslos dem Kampfe ihrer Männer zuzusehen, sondern auch das Ihrige zu tun. War in der ersten Versammlung der Hirsch-Dumderische Gemeinderat vertreten, so glänzte er diesmal, trotz besonderer Einladung, durch Abwesenheit, wodurch der Versammlung ein würdiger Schluß bereitet werden konnte durch Annahme folgender Resolution: „Die am 8. August im „Dreilasserdun“ tagende öffentliche Versammlung der Maler erklart in der Verpflichtung der Arbeiterbewegung angelehnt der sich immer fester schließenden Organisation der Arbeitgeber, die mit brutalen Mitteln die Bestrebungen der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindern will, den größten Fehler. Nur ein fester Zusammenschluß aller im Berufe tätigen Kollegen in einer Organisation kann sich mit dem Arbeitgeberverband messen, daher ist es dringend notwendig, daß sich die Kollegen dessen bewußt werden und sich der Organisation anschließen, die bisher Verbesserungen in der wirtschaftlichen Lage der Berufscollegen erreicht hat.“

Schneider. Am 6. August tagte im „Bürgerhaus“ eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider, die sich unter andern auch mit dem Verhalten des Mitgliedes Reichert beschäftigte. Reichert hat unserm Beruf Ballet gesagt und ist auf dem Krupp-Gruson-Werke in Arbeit getreten. Beim Streik der Hieserhülfsarbeiter verhielt er sich trotz der Borkhaltungen, die ihm gemacht worden sind, unsolidarisch, weshalb er aus unserm Verband ausgeschlossen wurde. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ein Ausflug Kattfahnd zur Hildebrandt in Diesdorf. Treffpunkt „Bürgerhaus“.

Vereins-Kalender.

- Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf. Bei Zulassung von Plakaten für diesen Zeit muß stets der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Andernfalls erfolgt keine Aufnahme.
- Zentralverband der Schuhmacher, Hahnestelle Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Montag den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Alstadt im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38; Bezirk Wite Neustadt bei B. Sadenmacher, Ottenbergstr. 13.
 - Fabrikarbeiter-Verband, Hahnestelle Magdeburg.** Sonntag den 12. August Dampferfahrt nach Roggsh. Abfahrt von Westerbahnen morgens 8 Uhr, von Magdeburg (Kleiner Werder, links von der Strombrücke) morgens 8 1/2 Uhr. Die Verwaltung.
 - Zentralverband der Schmiede.** Sonnabend den 11. August Mitgliederversammlung bei Böhm, Kl. Klosterstr. 15. 08
 - Wagenbauer-Krankenkasse Buckau 2.** Sonnabend den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Schäpe, Marienstr. 1. 07
 - Krankenkasse der Wagenbauer, Filiale Sudenburg.** Sonntag den 12. August, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Albert Neumann. 01
 - Groß-Osterleben.** Achtung, Maurer! Sonntag den 12. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Strumpf. 02
 - Schönebeck.** Arbeiter-Radsfahrdub Solidartät, Verein „Freisch auf“, Schönebeck. Sonnabend den 11. August, abends 10 Uhr, Abfahrt nach dem Hummelsberg zum Sommerachtsfest. 06
 - Genßin-Alteupathow.** Sozialdemokratischer Verein. Sonntag den 12. August, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Leckner. 09

Gr. Protest-Versammlung

Mittwoch den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1c

Tagesordnung:

Die Erhöhung der Bierpreise

Referent: Genosse Ferdinand Bender.

Arbeiter! Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

465

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells. Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins Magdeburg.

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg u. Umg.
Bezirks-Versammlungen

Montag den 13. August 1906
Bezirk Buckau im „Thalia“-Saal, Dorotheenstraße 14.
Bezirk Sudenburg in der „Herbster Bierhalle“, Schönningerstraße 28.

Dienstag den 14. August 1906
Bezirk Magdeburg-Nord bei Böhm, Kl. Klosterstraße 15-16.
Bezirk Magdeburg-Süd bei Nichteisfeld, Knochenhauerufer 27-28.
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“.
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Wolbenstraße 43-45.
Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2.
zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Schönebeck.
Sonnabend den 11. August, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Reichshalle“ **Mitgliederversammlung.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Henning, Magdeburg, über „Warum muß sich der Arbeiter nicht nur als Produzent, sondern auch als Konsument organisieren?“ 2. Verschiedenes. 467

Stillers Etablissement Farmersleben.
Sonntag den 12. August, nachmittags 459
Grosser Freitanz bei vollem Orchester.
Mache auf die hochfeine Tischdekoration vom Gau-Anglerfest aufmerksam; dieselbe ist nur noch am jetzigen Sonntag zu sehen. Der ganze Saal ist ein Aquarium voll schwimmender Fische. Ergebenst ladet ein Emil Stiller.

Arbeitersekretär
gesucht.
Für das Arbeitersekretariat Magdeburg wird zum 1. Oktober ein tüchtiger eingetragener Arbeitersekretär gesucht. Bewerber wollen ihre Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche, der bisherigen Tätigkeit und der Organisationszugehörigkeit bis zum 20. August an Wilhelm Grosskopf, Hildebrandtstraße 13, S. 1, einreichen.
Das Gewerkschaftskartell
Magdeburg. 874
Symphonie 6. u. 7. u. 8. Sinfonie. Gewerkschaft 3. part.

Saison-Räumungs-Verkauf!

Herren- und Knaben-Sommer-Joppen und -Anzüge | Herren- und Knaben-Stoff-Waschhosen
 zu jedem annehmbaren Preise.

Herren-Anzüge und -Paletots zu erstaunlich billigen Preisen. Nur solange der Vorrat reicht.
Heinemann & Patermann, Magdeburg, Breiteweg 129 | **Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe**
 Ecke Bandstraße

Achtung, Arbeiter und Genossen!

In der Brauerei „Storchshöhe“ zu Döbbersleben

sucht man durch Maßregelungen die organisierten Brauereiarbeiter auszu-
 rotten. Es wird deshalb ersucht, das Bier dieser Brauerei überall
 zurückzuweisen.
 Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Ausverkauf!

Infolge Auflösung meines Warenhauses in Burg war ich
 gezwungen, das gesamte Lager im Werte von zirka

22000 Mark

nach Magdeburg zu nehmen. Dieses Lager kommt jetzt zum

vollständigen Ausverkauf!

Die Preise sind ganz gewaltig herabgesetzt und kommt
 ein großer Teil der Waren

für die Hälfte des bisherigen Preises

zum Verkauf. Das Lager enthält sehr große Posten Wirt-
 schaftlich-Artikel, eine riesenhafte Auswahl in Galanterie-
 waren, Geschenk-Artikeln, Schmuckstücken, Reise-
 Utensilien usw. usw.

Die reduzierten Preise sind in den Schaufenstern ersichtlich

Wolf Seelenfreund Breite-
 weg 66

Reines Roggenbrot ^{à Stück} empfiehl 45 Pf.
 Bäckerei M. Enders, Alte Neustadt, Endelstr. 15.

Fermersleben.

Sonntag den 19. August, nachmittags 3 Uhr, in
 Stillers festlich dekoriertem Etablissement

Großes Gewerkschaftsfest

unter gütiger Mitwirkung ⁴⁶⁰
 sämtlicher Gewerkschaften und Arbeiter-Vereine
 bestehend in

großem Garten-Konzert, Ball und Kinder-Fachlung.
 Punkt 3 1/2 Uhr:

Grosser Festumzug sämtl. Gewerkschaften
 mit 16 künstlerisch ausgeführten Gewerkschaftswappen
 und 3 Musikkorps durch Fermersleben

Teilnehmerkarten für Erwachsene à 20 Pf., für Kinder à 5 Pf.
 Ergebnis-Ladet ein Das Festkomitee.

Achtung! **Achtung!**
 Gesellschaftshaus „Weißer Hirsch“, Neustadt.

Sonntag den 12. August im neu renovierten Saale
Großes Tanzfränzchen.

Ausgeführt vom
I. Lemsdorfer Musikverein „Herta“.

Vereine, die dem Bunde beitreten wollen, können sich
 daselbst melden.
 Der Vorstand.

Achtung! Böttcher Achtung!

Sonntag den 11. August, abends 8 Uhr
 bei Braunsch. Fahlshöberg 9

außerordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung: ¹⁸²

Der Stand unserer Lohnbewegung.

Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung,
 da sehr wichtige Punkte zu erledigen sind. Die Lohnkommission.

Burg. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonabend den 11. August 1906

13. Stiftungsfest

im „Hohenzollernpark“.

Anfang 6 1/2 Uhr
Garten-Konzert.

8 1/2 Uhr **Große Kinderbelustigungen.**

Son 9 Uhr ab ist im Saale für gute Unterhaltung
 geforgt.

Son 11 Uhr ab
Tanzfränzchen und **Beisammensein.**
 Auch für ff. Bier ist bestens Sorge getragen.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 Das Komitee.

Burg. Geschäfts-Eröffnung.
 Mit dem heutigen Tage eröffne
 ich im Hause des Herrn Wilhelm
 Sellisch, Hlektstraße 15 hier, einen

**Barbier-, Friseur- und
 Haarschneide-Salon.**

Es soll mein eifriges Bestreben
 sein, die mich Besuchenden pünktlich
 und sauber zu bedienen.

Schneidungsbüch
Gustav Corfei
 Feigen.

L. Mallmann & Co., Burg
 Feinstraße 9

Sohlen-Ausschnitt

Maßschäfte

Stahlnäher-Behälter

Reparaturwerkstatt

Reinrich Schulze
 Burg, Markt 20.

Bims die Hand

Abrador

Gilliche Stiefel

anr Altos Brücktor 2

Praktische Neuheit!

frisirt befehen!

Rainbow-Lenzen, Elbe

Leichte

Schuhwaren

für den Sommer
 in Stoff und in Leder cappt
 in großer Auswahl 4420
W. Coors
 Eudenburg.

Schuhwaren!

Billig! Billig!
 Herren- u. Damenstiefel, Stiefe-
 letten, Turn-, Straub- u. Kinder-
 schuhe, Pantoffel, auch aus
 Kautschukstoffen kann. Waren
 hier Neustadt, Schmidtstr. 44.

Bögel heute u. morgen
 Ansehenspreise für
 allen jungen Kanarien-
 weibchen u. alte-hähne
 im Restaurant P. Vogt,
 Scherfstr. 52.
F. H. Oehlert.
 Bögel dürfen in der Kasse sein.

Grosser

Rester- Ausverkauf!

Billige Rester
 in allen Abteilungen.

J. Brilles

Neustadt, Liebenstr. 78.

Victoria-Theater

Sonabend den 11. August 1906
Stahmann als Erzieher.

Obsthalde. 433

Rastatter-Birnen, sehr weich,
 1 Pfund 13 Pf., 10 Pfund 1 Mk.
 große Aus-, Kuchen- und
 Tafeläpfel Pfund von 13 Pf. an.

Schneid. 1 Pfund, Umfassungstr. 15, 5. I.

Besseres Logis für zwei Herren
 Stephansbrücke 4 II

Sehl. Logis Kurfürststr. 8, 2 Zr

Benneckenbeck

Lüchtige

Bauschlosser

für sofort gesucht 464

Carl Köckert, Dessau
 Fabrik für Eisenbau.

Großes Schlachtfest.
 Son Freitag ab
Freische Wurst u. Fleisch.
 Es ladet ein **Fritz Mund.**

Befehl, heute auf 8 Tage die Meere zu verlassen. Der neue Kommandant des Dampfer "Pannet" Major, Herr Dienen, hat wegen "Krankheit" um Entlassung von seinem Posten gebeten.

Petersburg, 10. August. In den russischen Verwaltungen herrscht die äußerste Unregelmäßigkeit. In den Verwaltungsbürokras ist die Hälfte der Beamtenbesetzung und zwei Drittel des Viehs dem Hungertod geweiht. Die Landbevölkerung ist dadurch sehr erregt und wieder über die von den heimgekehrten Dummwütsigen revolutionäre bearbeitet, obwohl Stojpin die Gouverneure anwies, diese Gedrungenen strengstens zu überwachen. Mehrere häusliche Dumaabgeordnete wurden von den Wählern halbtot geschlagen, weil sie ohne Land und Freiheit zurückgekehrt seien. — Unberühmte Will der Korrespondent der "Wostokischen Zeitung" erfahren haben, daß beabsichtigt wird, die diesjährige Rekrutenausshebung anzuführen wie üblich im September erst gegen November festzusetzen, weil der gegenwärtige Gemütszustand befürchtet, daß die Bauern sich weigern werden, zur Rekrutenstellung zu kommen.

Petersburg, 10. August. Die letzten Anzeichen des Generalaufstandes sind verschwunden; sämtliche Zeitungen erscheinen wieder.

Petersburg, 10. August. In Riga wurden 40 Personen wegen Verbreitung des zur Revolution auffordernden Dumaaufrufs verhaftet, in Petersburg aus dem gleichen Grunde 150 Personen.

Petersburg, 10. August. Die finnische Rote Garde wird vom Senat als verbrecherische Organisation erklärt; ihre Versammlungen wurden verboten. Der Chef der Roten Garde, Kapitän Rook, der sich verborgen hält, protestiert in einem Schreiben dagegen, daß ein Anarchist die Leitung übernommen habe, weil dadurch die Organisation gefährdet würde.

Petersburg, 9. August. Wie das Blatt "Person" meldet, hat das Kriegsgesetz in Kronstadt außer den bereits hingerichteten sieben Matrosen noch 170 Meuterer zum Tode verurteilt. Ob das Urteil bereits vollzogen ist, ist nicht bekannt.

Wien, 10. August. Alle hier sowie in Rußland und anderwärts gedruckten Aufrufe der russischen sozialistischen revolutionären Partei wurden in Österreich verboten.

Paris, 10. August. (Sig. Draht.) Wie aus Petersburg berichtet wird, zweifelt man dort an dem Erfolg Stojpins und spricht bereits von einer Rückkehr des Grafen Witte.

Petersburg, 10. August. (Sig. Draht.) In Jusowka kam es zu blutigen Ausschreitungen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Dragoner stellten die "Ruhe" wieder her.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. August 1906.

Achtung, Stadtverordnetenwähler!

Der Magistrat macht bekannt:

Die gemäß § 20 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 verichtigte Liste der stimmungsfähigen Bürger dieser Stadt liegt vom 15. bis einschließlich 31. d. Mts. in den Dienststunden von 8 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends nur von 8 bis 2 Uhr vormittags, und zwar für die Altstadt im Steuerbureau Spiegelstraße 1 I, Zimmer 9, für die Stadtteile Sudenburg, Neustadt und Buckau in den Rathäusern daselbst zur Einsicht offen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben. Dieselben sind schriftlich einzureichen oder bei den an den Auslegungsorten anwesenden Beamten zu Protokoll zu erklären.

In diesem Jahre sind Stadtverordnetenwahlen in der Altstadt, Neue und Alte Neustadt und Sudenburg vorzunehmen. In allen drei Stadtteilen kommt die dritte Klasse in Betracht. Die Arbeiter müssen daher rechtzeitig darauf bedacht sein, Gewißheit zu erlangen, daß ihre Namen auch in den Wählerlisten stehen.

Zur Sozialfrage.

An die Partei- und Gewerkschaftsgenossen Magdeburgs!

Genossen! Die Magdeburger Arbeiterpartei hat sich ein Stück Recht erobert. Das "Chorum" steht ihr seit voriger Woche wie jedem andern Staatsbürger zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Die Tatsache, daß die Arbeiter um die ihnen gesetzlich zubühlgende Rechte erst kämpfen müssen, illustriert die Zustände im Lande der vollendeten Rechtsstaatlichkeit. Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende. Den Bedürfnissen der Arbeiterpartei ist Rechnung getragen, aber nun verlangen die Arbeiter der anderen Stadtteile nach Nachdruck ihr Recht. Die Sozialkommission sah sich deshalb veranlaßt, an die Organisation der Wirte heranzutreten. Und der Erfolg? Die Herren Gaalhaber haben in den letzten sechs Monaten nichts gelernt und nichts vergessen. Bei den am Donnerstag geschlossenen Unterhandlungen zwischen der Sozialkommission und drei Gaalhabern (von 13 eingeladenen Herren waren drei erschienen) wurden die alten bekannten Gründe zur Verweigerung der Säle angeführt. Die Herren erklären, wir müssen bekennen, daß wir von der Militärbehörde, die uns im Falle der Herausgabe der Säle boykottieren würde, zur Nachsicht gezwungen werden. Ueber die Bitten der Herren, bei der Vergabe der Säle den Militärboykott nicht verhängen zu wollen; geht die Militärbehörde mit geringfügigem Nachgeben hinweg. Die Polizeibehörde hat natürlich in diesem Verhalten der Wirte ihre helle Freude. Und wie stellen sich dazu die Arbeiter? Nun, die gehen, wie sie es gewohnt sind, ihren geraden Weg, sie sind auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Die Sozialkommission, der von der Versammlung im "Chorum" Vollmacht erteilt ist, hat die Aufgabe, für Versammlungsorte in Sudenburg und Alte Neustadt zu sorgen.

Sie befragte gestern deshalb Herrn Germershausen, den Inhaber des "Kristallpalastes" in Sudenburg, Leipzigerstraße, und Herrn Lange, den Inhaber der "Nationalkaffee" in der Alten Neustadt, Hofpfortstraße, persönlich, ob sie ihre Säle zu Versammlungen zur Verfügung stellen würden, welche letzteren die Herausgabe ihrer Säle zur Abhaltung von Versammlungen ab.

Arbeiter, Parteigenossen! Das lebhafteste Bemühen der Sozialkommission, eine Verständigung herbeizuführen, ist also gescheitert.

Die Herren Wirte boykottieren auch durch die Verweigerung ihrer Säle, sie schränken euch euer Vereins- und Versammlungsrecht ein. Ihr könnt es mit eurer Würde künftig nicht vereinbaren, bei diesen Herren als Gäste zu verkehren.

Zwar sehen wir vor einem langwierigen Kampf. Doch wird

die Magdeburger Arbeiterpartei ihr volles Recht beanspruchen.

Wir eruchen alle Vereine, die wegen Abhaltung von Versammlungen mit beiden Herren bereits in Klatsch gemacht haben, sich an die Sozialkommission zu wenden.

Helms. Brandes. Haupt. Holzappel.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die nächste Woche stattfinden (siehe Inserat in heutiger Nummer), beschäftigen sich hauptsächlich mit dem deutschen Parteitag in Mannheim. Die Tagesordnung lautet: 1. Anträge zum Parteitag. 2. Die Generalversammlung in Vorschlag zu bringenden Delegierten. 3. Vorschlag von Delegierten zum Parteitag. 4. Beschlüsse. Die Tagesordnung ist so wichtig, daß wohl zahlreicher Besuch zu erwarten ist.

Arbeitnehmer-Veifiger des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung. Am Sonntag den 12. August, vormittags 10 Uhr, findet im Thierings Restaurant, Tischlerstraße 28, eine wichtige Besprechung statt, zu der das Erscheinen sämtlicher Arbeitnehmer-Veifiger erforderlich ist. Arbeiterssekretariat.

Die Stadtverordneten halten in der nächsten Woche eine Sitzung am Dienstag ab, in der der neue Bürgermeister in sein Amt eingeführt werden soll, und eine am Donnerstag, die der Arbeit gewidmet ist. Die Tagesordnung enthält bisher 14 Verhandlungsgegenstände, die aber nur von untergeordneter Bedeutung sind. Wenn es nicht noch mehr werden, darf man sich wohl fragen, weshalb die Sachen nicht gleich am Dienstag mit erledigt werden. Zum Festessen im Herrenkrug wären die Herren doch noch fröhlich genug gekommen.

Zur Landtagwahl in Magdeburg. Wie in Magdeburg, so ist auch in Berlin eine Landtagwahl vorzunehmen, weil einer der Abgeordneten für den dritten Berliner Wahlkreis, der Abgeordnete Zwick, gestorben ist. Berliner Blätter hatten die Frage aufgeworfen, woher es wohl komme, daß die Wahl gar nicht angelegt werde, obgleich Zwick bereits am 16. Februar gestorben ist. Jetzt wird nun mitgeteilt, die Wahl in Berlin sei schon lange auf den November angelegt, man habe den Termin solange hinausgeschoben, weil man das Inkrafttreten des neuen Wahlgesetzes, das am 1. Oktober in Kraft tritt, abwarten wollte. Wir wissen nicht, ob das wirklich die Auffassung der amtlichen Stellen ist, ist dem so, dann muß aber die Frage aufgeworfen werden, woher es kommt, daß man in Berlin nach dem neuen Wahlgesetz wähler wird, während in Magdeburg das alte Wahlgesetz Anwendung finden soll. Hier ist nämlich die Wahlmannertwahl auf den 29. September angelegt, zwei Tage, bevor das neue Wahlgesetz in Kraft tritt. Die Sozialdemokratie ist ja nicht besonders interessiert an der Wahl, aber es wäre doch ganz gut, zu wissen, worauf diese Verschiebbarkeit der Auffassungen bei zwei amtlichen Stellen zurückzuführen ist.

Ueber die Zahl der Waisenkinder in Magdeburg wurden einige Angaben beim städtischen Waisenfest gemacht, das am Donnerstag gefeiert wurde. Danach beläuft sich die Zahl der Waisenkinder insgesamt auf 156 Knaben und 135 Mädchen. Davon sind etwässer und für immer übernommen 68 Knaben, 83 Mädchen, aus anderen Waisenhäusern übernommen 37 Knaben und 40 Mädchen, in dem Kinderasyl untergebracht 18 Knaben und 6 Mädchen, in der städtischen Erziehungsanstalt untergebracht 33 Knaben und 6 Mädchen. Das Kapital-Bemühen des städtischen Waisensfonds mit Einschluß der Rohbrau-Schifferschen Stiftung beläuft sich auf rund 47 800 Mark. Aus dem städtischen Waisensfonds und der Rohbrau-Schifferschen Stiftung werden Prämien an Waisen, die sich gut geführt haben und an Waisenerzieher, die ihr Amt mit Liebe und Gewissenhaftigkeit ausgeübt haben, gezahlt.

Die Jahresberichte des Gas- und Wasserversorgungs-Verordneters sind jetzt erschienen und sind an die Stadtverordneten verteilt worden. Der Rechnungsabluß des Gaswerks ergibt für das Jahr 1905 zum erstmaligen Gewinn von mehr als 700 000 Mark, nämlich 726 906,86 Mark, abgesehen von der dem Erneuerungsfonds zugewiesenen Summe von 197 742,78 Mark. Der Abschluß ist gegen den Vorschlag um 72 334,54 Mark günstiger ausgefallen. Der Gasverkauf hat, abgesehen vom Krasttag, in allen Zeiten einen erheblichen Zuwachs erfahren und die im Haushaltsplan vorgezeichneten Zahlen wesentlich überschritten. Im ganzen wurden an Leucht-, Kraft- und Heizgas sowie Gas für die öffentliche Beleuchtung abgegeben 14 881 191 cbm. Der Betrieb des Gaswerks hat sich, wie der Bericht sagt, ohne Störung vollzogen. Der Erneuerungsfonds hatte am 1. April 1906 einen Bestand von 314 243,28 Mk. Der Abschluß des Wasserwerks stellt sich nicht so günstig. Hier betrug die Einnahme 808 412,88 Mk., die Ausgabe 639 017,06 Mk., mithin Ueberschuß 169 395,82 Mk. Bekannt wird, daß der außergewöhnlich gute Elbwasserstand und der milde Winter in erster Linie dazu beigetragen haben, daß im Betriebsjahr 1905 die Wasserversorgung der Stadt ruhig vor sich gegangen ist. Bei den günstigen Wasserstands- und Witterungsverhältnissen gestellte sich noch rechtzeitig die Inbetriebnahme der für die 8 ersten tiegeligen Filter erbaute Vorfilteranlage und diese Anlage der neu erbauten Sandfilter 12 und 13. Von den weiteren im August 1904 beschlossenen Bauten kann berichtet werden, daß die Erweiterung des Hochbehälters im Laufe des Sommers vollendet sein und die dritte Pumpmaschine am Betrieb teilnehmen wird. Im weiteren weist der Bericht auf die Schwierigkeiten hin, welche sich in der Förderung der Grundwasser- versorgungsfrage eingestellt haben und die eine Lösung derselben kaum erwarten lassen. Der dringende Wunsch, bis zur endgültigen Entscheidung überhaupt ein besseres Wasser zu schaffen, haben seinerzeit die städtischen Behörden bemerkt, die Summe von 450 000 Mark zu bewilligen für die Herstellung einer Förderanlage, durch welche das zu verarbeitende Rohwasser von dem rechten Elbufer geholt wird. Diese Anlage ist im Bau begriffen und wird, solange die Elbe als Bezugsquelle des Wassers beibehalten wird, wesentlich zur Verbesserung der allgemeinen Beschaffenheit des Leitungswassers beitragen. In den Jahren 1904 und 1905 sind im ganzen für die Erweiterung des Wasserwerks 1 1/2 Millionen Mark angewendet worden.

Schnell beendet wurde eine Lobebewegung der Ratsherren der Dachpappenfabrik von Röhmer. Die Ratsherren, die die Zahl, legten heute früh wegen Differenzen die Arbeit nieder, konnten sie aber bereits um 11 Uhr wieder, da ihre Forderungen inzwischen bewilligt wurden.

Jugendliche Wandalen. Einen ganz unerhörten Anseht vollführten in der Nacht zum Freitag zwei in der Fabrik von P. C. P. v. P. a. J. beschäftigte Lehrlinge. Aus Kerger über eine am Donnerstag erhaltene Forderung liegen die beiden Fräulein in der Zeit von 10 bis 12 Uhr nachts in das Dachstuhlgebäude ein und zerschneiden dort mit einem Messer sämtliche Treibröten,

die sie erschaffen konnten. Da die Leuchte, welche von dem Dachstuhl herabfiel, in beiden jugendlichen Missetäter haben am Freitag vormittags vor einem Beamten der Kriminalpolizei bereits ein Geständnis abgelegt.

Witz. Der Witzige Knabe Hermann Köhler, Döbendauer Straße 62 wohnhaft, wurde auf der Straße beim Spielen von einem andern Knaben niedergeworfen, wobei er sich einen Hinterhaustrich zuzog. Er fand Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus.

Neue Chronik.

Ein schamloses Anfinnen.

Genosse S. Donath, Redakteur des "Kollwille" in Hannover, erhielt kürzlich einen gleichartigen, wohlgerundeten Brief, der die Nr. 84 der Zeitungstribüne "Aktuell", einen darauf bezüglichen Prospekt und eine Abonnementskarte enthielt. Die ihn darüber belehrte, daß das Abonnement auf den "Aktuell", welches hoch eventuell der Verlag des "Kollwille" begehren möchte, pro Monat 12, pro Quartal 25, pro Halbjahr 40 und für das ganze Jahr 80 Mark beträgt. — So weit, so gut. Nun aber überbot die Empfänger aus dem geöffneten Munde des Briefleiers noch folgendes allerliebste Anschreiben zutage:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Wir beehren uns, Sie auf die Heil, von uns heraus-gegebene Korrespondenz "Aktuell" aufmerksam zu machen (cf. Prospekt und Abonnementskarte). Wir würden uns bei erfolgreicher gütiger Empfehlung unserer Korrespondenz gefassen, Ihnen ein Ehrenhonorar von 20.— pro Jahresabonnem., 5.— pro Quartalsabonnem. sofort nach Unterzeichnung und Eingang der Abonnementskarte zugestellen. — Wir sichern Ihnen absolute Diskretion bei einer Konventionalstrafe zu und rechnen auf das gleiche Ihre-seits und eine langjährige private Geschäftsverbindung zwischen uns.

Mit besonderer Hochachtung

gang ergeben

per "Aktuell"

Friedländer.

Ein schamloses Anfinnen, einen sozialdemokratischen Redakteur durch ein "Ehrenhonorar", auf gut Deutsch "Schmiergeld", für das Abonnement auf eine höchst werthvolle Korrespondenz veranlassen zu wollen! Sozialdemokratische Redakteure heften doch nicht Fächer, die den "Krausen Lappen" irgendwelcher Kuppelkirche zugänglich sind.

Polizei und Streikende.

Am Dienstag abend demonstrierten am Bahnhof zu Beckum mehrere tausend streikende Arbeiter gegen einige zugereifte Arbeitswillige, wobei es zu großen Ausschreitungen kam. Einige Polizeibeamte, die die Menge zum Auseinandergehen aufforderten, wurden angegriffen und mit Steinen bombardiert. Die Beamten machten von der blauen Waffe Gebrauch und verwundeten mehrere der Exzessanten schwer, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. In Beckum, einer sehr frommen Stadt, freiben die christlichen Gewerkschaften. Die Polizei scheint aber keinen Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften zu machen.

Mord und Selbstmord.

In Pflow bei Stettin erschof der Berginsolide Christ den Gendarm-Oberwachmeister Nothke, weil dieser in der Wohnung des Christ einen Ofen, der den polizeilichen Vorschriften nicht entsprach, untersuchen wollte. Christ ging dann in den Wald und erschof sich selbst.

Literarisches.

Kommunale Praxis Nr. 32. Nur noch wenige Monate trennen uns von den diesjährigen Herbst-Gemeindevahlen. Ueberall, wo unsere Parteigenossen die Pflicht haben, sich daran zu beteiligen, sollten sie nicht verkümmern, sich schon jetzt die "Kommunale Praxis" anzuschaffen. Sie finden darin ein reichhaltiges und wertvolles Informationsmaterial; aus der letzten Nummer haben wir z. B. den Artikel über die Schulärztz-Tätigkeit herbor und einen andern über ein neues Fürsorgegesetz in Frankreich, der einen wichtigen Beitrag zur Reform der Armenpflege darstellt. Aber auch in den kürzeren Notizen werden mannigfache zweckdienliche Hinweise gegeben. Probennummern der Zeitschrift sind jederzeit gratis vom Verlag der "Kommunale Praxis", Berlin W., 15, zu beziehen.

Letzte Nachrichten.

Gd. London, 10. August. (Eigener Drahtbericht der "Wassermühle") Nach dem Geschäftsbericht des Kolonialamts haben Offiziere in leitenden Stellungen kolossale Unterschleife begangen. Auch untergeordnete Organe haben sich an dem Raub beteiligt; ein förmliches System hat sich entwickelt. Waren, die gar nicht geliefert wurden, sind in Rechnung gestellt. Kaufleute, die für das Kolonialamt lieferten, fanden mit Offizieren bis herab zu den Untergeordneten in Verbindung und erhielten für minderwertige Waren horrendo Preise. Belastende Dokumente und Rechnungen sind gefälscht oder vernichtet. Das Land ist um zirka 40 Millionen Mark geschädigt. Die Presse verlangt strenge Bestrafung der Schuldigen ohne Ansehen der Person oder des Standes.

Gd. Stendal, 10. August. In einem Anfall geistiger Erözung sprang die Gattin des bekannten Naturforschers Gustav Pagel bei Werben in die Elbe und ertrank.

Köln, 9. August. Der Bierkrieg hat hier merkwürdige Verhältnisse geschaffen. Die größte Brauerei des Mittelrheinischen Brauerei-Bundes, die in Undernach domizillierte Mittelrheinische Brauerei, ist aus dem Bunde ausgeschieden, einige kleinere Brauereien gehören ihm nicht an. Direkt ist der Verband noch nicht an die Wirte mit der Preiserhöhung herangetreten, indirekt war ein Ausschlag von 2 Mark pro Hektoliter vorgegeben. Nun will der Verband erst mit dem längst angeordneten Ausschlag herantreten, wenn er weiß, was die Mittelrheinische Brauerei tut. Die Wirte berechnen hier in ihrer Stellungnahme bei weitem nicht die Energie wie in Köln, Frankfurt und Süddeutschland. Andererseits können sie es auch nicht, weil fast alle Bierwirte von ihren Brauereien abhängig sind.

Gd. Mailand, 10. August. Die Karabinieri (Gendarmerie) hielten gestern zahlreiche Versammlungen ab, in denen die Eventualität eines sofortigen allgemeinen Ausfalls erörtert wurde. Schließlich wurde beschlossenen, dem Minister der Innern ein Memorandum zu überreichen, in dem die von den Karabinieri beanspruchten Veränderungen und Beschränkungen der Besuchslisten aufgeführt sind.

Wettervorhersage.


Sonnabend den 11. August: Mäßige westliche Winde, vereinzelt Regen, zunächst kühler, später Abends, ein wenig kühl.

Warenhaus GEBR. BARASCH

Nur heute Sonnabend

Lebensmittel

zu
Ausnahme-Preisen!!

 **Kakao** garantiert rein 75 Pf. 1/2 Pfund
Block-Schokolade garant. rein 60 Pf. 1/2 Pfund

Pudding-Pulver ... 2 Karton 9 Pf.

Lachs prima täglich frisch 1/4 Pfund 35 Pf.

Hering in Gelee ... Pfund 30 Pf.

 **Zitronen** Dutzend 52 Pf.

Brühwürstchen ... Paar 7 Pf.

Schweizer Käse ... 1/4 Pfund 23 Pf.

Essbirnen ... Pfund 6 Pf.

Weine

Trabener	Flasche 45 Pf.	Moselblümchen	Flasche 60 Pf.
St. Estéphe	Flasche 50 Pf.	Medoc Cantennac	Flasche 65 Pf.
Apfelwein	Flasche 25 Pf.	Johannisbeerenwein	Flasche 45 Pf.

Fruchtsäfte Apfel-, Kirs-, Johannisbeeren-, Zitrus-, ... Flasche 42 Pf.

Malzkaffee ... Paket 1 Pfund 23 Pf.

Gebrennte Gerste Ia. Pfund 14 Pf.

Weisskohl ... Kopf 5 Pf.

Nur soweit Vorrat.

Calbe a. S. **B. RAWAK** Calbe a. S.

Bernburgerstr. 91
Einziges Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Moden
in Calbe a. S. 463

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge
in allen modernen Dessins, in größter Auswahl zu billigen Preisen.
Arbeitsgarderobe, für jeden Beruf passend, anerkannt billigst.

Hüte | Mützen | Stöcke | Schirme | Krawatten | Wäsche

Wer seine Wäsche schonen will
gebrauche

Dr. Thompson's Seifenpulver.

Marke Schwan
Zu haben in allen besseren Geschäften.

M 207

Sohlleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Mittel
zu den billigsten Preisen empfiehlt

Joseph Kullmann
vormals Röder & Drabant
25 Jakobstrasse 25. 527

A. Typky, Schmidtstr. 40a
empfiehlt

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
in größter Auswahl und preiswert.

Lager fertiger Särge
in allen Größen und Preislagen. 396



Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz)

Bestehes seit 1865 bestes Geschäft dies. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 576

S. Levy Sudenburg
Galberländerstr. 41.

Gr. Räumungs-Ausverkauf!
Außergewöhnlich billige Preise.

Damen-Blusen jezt 85 Ein Posten

Unterröcke Gingham 1.10

Herren-Mützen 29 2

Kinder-Kleider 60 2

Herren-Hosen 2.25

Krawatten Regattes u. 10 u.
Diplomaten 20 2

Haus-Schürzen 70 2

Herren Normalhemden
Sport-Hemden
Barch-Hemden
Knaben- und Mädchen-
Barchent-Hemden sind 50 2

Schutz-Anzüge Knab.-Anzüge

Hoheleg. Nähmaschinen. Gar. spott-
billig z. verkaufen Georgenplatz 3 pt.

Die besten Schuhe und Stiefel
die feinsten Schuhe und Stiefel
die billigsten Schuhe und Stiefel

in jeder Länge
in jeder Weite
in jeder Breite
in jeder Ausführung.

laufen Sie bei

H. Reichardt, Magdeburg-Neustadt
Lübeckerstraße 120a. 388

Sohlleder-Ausschnitt

sowie sämtliche Bedarfsartikel für Schuh-
macher, Leder-, Filz- und Holzputzschmied

Lange & Ostwald 392

Altmarkt 24. Eingang Buttergasse.

Solange der Vorrat reicht
gebe ich von heute ab

auf jedes eingekaufte 1 Pfund
Süßrahm-Margarine

■ einen Zeller extra zu. ■

Wagners Butterhalle N.-Sudenburg
Rottendorferstr. 10
- Telefon 4545. - 457

Tüchtige Maurer

werden eingestellt. Stundenlohn 65 Pf. 450

Herrn Schwabacher, Wannsee, Friedrich-Karlstr.



Erfahrene
Sportsleute
laufen

Pneumatiks

ohne Schönheitsfehler

Ich verkaufe Ihnen fehlerfreie

Decken und Schläuche

in allen Dimensionen schon

zu denselben Preisen, wie Sie

anderweitig fehlerhafte Sachen

kaufen.

Laufflecken à 5 Mk.

Luftschläuche à 3 Mk.

und nehme alte, ausgebrauchte

Laufflecken mit 1 Mk.

Luftschläuche mit 1 Mk.

gegen in Zahlung.

Neue Räder

von 50 Mk. an

gebr. Räder
von 30 Mk. an

Fahrrad-Versandhaus

Otto Schaper

Magdeburg

Anhaltstraße 2-3